

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Einleitung	4
1 Rechtsextremismus	7
1.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz	7
1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)	9
1.3.1 Deutsche Volksunion (DVU).....	11
1.3.2 Wiking-Jugend (WJ)	11
1.4 Neonazistische Gruppen	11
1.4.1 Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSB)	11
1.4.2 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO).....	11
1.4.3 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).....	12
1.4.4 Unabhängige Freundeskreise (UFK)	12
1.4.5 Deutscher Nationaler Verband Kreis Düren.....	12
1.4.6 Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront (N.S.D.B.F.).....	12
1.4.7 Überregionales Treffen in Willich	13
1.5 Wehrsportgruppen	13
1.6 Rechtsterrorismus, Waffen- und Sprengstoffunde mit rechtsextremistischem Hintergrund.....	13
1.7 Weitere rechtsextremistische Aktivitäten.....	14
1.7.1 "Heidelberger Manifest"	14
1.7.2 Ausländerfeindliche Aktionen.....	14
1.8 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	15
2 Linksextremismus	21
2.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz	21
2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	23
2.2.1 Bündnispolitik.....	27
2.2.2 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen.....	29
2.3 Dogmatische Neue Linke	30
2.3.1 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD	30
2.3.2 Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Volksfront - (V).....	31
2.3.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	31
2.3.4 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	31
2.3.5 Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	32
2.3.6 Kommunistischer Bund (KB).....	32
2.3.7 Marxistische Gruppe (MG).....	32
2.4 Extremistische Einflußnahme auf die Anti-Kernkraft-Bewegung	33

2.5 Trotzlisten.....	34
2.6 Linksextremisten im öffentlichen Dienst.....	34
3 Terrorismus	39
3.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz	39
3.2 Rote Armee Fraktion (RAF).....	39
3.3 Revolutionäre Zellen/Rote Zora (RZ)	40
3.4 Terroristisches Umfeld	41
3.5 Weitere linksterroristische oder sonstige linksextremistisch motivierte Gewalttaten.....	42
3.6 Politisch motivierte Gewalt im Zahlenspiegel	43
4 Ausländerextremismus.....	46
4.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz	46
4.2 Türken	47
4.3 Kurden.....	50
4.4 Armenier.....	51
4.5 Iraner.....	51
4.6 Palästinenser	52
4.7 Libyer	52
4.8 Jugoslawen	52
4.9 Iren.....	53
4.10 Sonstige ausländerextremistische Aktivitäten	54
5 Spionageabwehr.....	57
5.1 Allgemeine Entwicklung	57
5.2 Art und Umfang des gegnerischen Agenteneinsatzes, Werbungsverfahren.....	57
5.3 Nachrichtendienstliche Aufträge gegen Ziele in Nordrhein-Westfalen	57
5.4 Verurteilte Agenten	58
6 Strafrechtspflege.....	59
6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	59
6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	59
6.3 Demonstrationsstraftaten	59
6.4 Gesetzgeberische Überlegungen.....	60
7 Anhang.....	62
7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	62
7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	63

Vorwort

Verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende Aktivitäten gegen unseren freiheitlich-demokratischen Staat können diesen nicht ernsthaft bedrohen, wenn seine Bürger zu ihm stehen.

Deshalb sollte jeder wissen, welche Bestrebungen sich gegen unseren Staat richten und mit welchen Mitteln sie ihre Ziele erreichen wollen. Denn nur unterrichtete Bürger können die freiheitliche Demokratie wirksam tragen. Nur unterrichtete Bürger können die politische Auseinandersetzung mit den Gegnern der freiheitlichen Demokratie erfolgreich führen.

Verbot und Strafverfolgung sind unverzichtbare Abwehrmittel im geeigneten und gebotenen Einzelfall. Aber sie haben immer nur eine begrenzte Wirkung. Auf's Ganze gesehen und für sich allein ermangeln sie der Überzeugung, von der freiheitliche Demokratie im Grunde und letztlich lebt.

Der Verfassungsschutz hätte deshalb seine vom Grundgesetz gewollte und gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe verfehlt, wenn er nicht die Bürger über die wesentlichen Ergebnisse seiner Arbeit unterrichten würde. Diesem Ziel dient die Veröffentlichung des jährlichen Verfassungsschutzberichts der Landesregierung.



Dr. Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

1. Der vorliegende Verfassungsschutzbericht 1982 erstreckt sich auf Ereignisse und Entwicklungen im Lande Nordrhein-Westfalen. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb des Landes sind nur insoweit aufgenommen worden, als sie wegen des Zusammenhangs für das Verständnis des Berichts erforderlich erscheinen. Im Interesse der Vollständigkeit des Lagebildes zum Zeitpunkt der Publikation des Berichts sind einige wichtige Ereignisse aus 1983, so das Abschneiden der extremistischen Parteien bei der Bundestagswahl, zusätzlich berücksichtigt worden.
2. Der Bericht befaßt sich mit den Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, sowie mit sicherheitsgefährdenden und geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht. Außerdem geht er auf Bestrebungen ein, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden.
Die freiheitliche demokratische Grundordnung, verankert im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.
Zu den *fundamentalen Prinzipien* dieser freiheitlichen Grundordnung gehören mindestens die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit der politischen Parteien und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.
Rechts- und linksextremistische Gruppierungen lehnen diese Grundprinzipien ganz oder zumindest teilweise ab und wollen sie in unserem Staatsleben beseitigen. Einige dieser Organisationen versuchen, Einfluß auf andere Vereinigungen zu nehmen. Auch von solchen, bloß "beeinflußten" Organisationen oder zumindest einem Teil ihrer Anhängerschaft können daher verfassungsfeindliche Bestrebungen ausgehen.
Die äußere und innere Sicherheit gefährdende geheimdienstliche Tätigkeiten (Spionage) werden in unserem Lande in erster Linie von den Nachrichtendiensten der kommunistischen Staaten, vor allem der DDR, ausgeübt.
Auswärtige Belange gefährdende Aktivitäten - insbesondere von Ausländern - liegen vor, wenn durch sie das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Völkern oder die Beziehungen zu anderen Regierungen beeinträchtigt werden können. Für ihr Auftreten sind vor allem die politischen Verhältnisse und sozialen Konflikte in den Herkunftsländern bestimmend. Zunehmend richtet sich Ausländerextremismus aber auch gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung.
3. Der Bericht zeigt wie auch seine Vorgänger: Rechts- und linksextremistische Bestrebungen haben in der Bundesrepublik Deutschland - besonders auch in

Nordrhein-Westfalen - keine Chance, wenn und soweit sie ihre wirklichen Leitvorstellungen und Ziele zum Ausdruck bringen oder sie doch deutlich erkennen lassen. NPD und DKP, die beiden wichtigsten Gruppierungen des Rechts- bzw. Linksextremismus, haben als politische Parteien, die sich an Wahlen beteiligen und um Parlamentsmandate bewerben, keine ins Gewicht fallende Resonanz. Die Bundestagswahlen am 6. März 1983 haben das aufs neue erwiesen. Parteien dieser Art geben und geben sich auch von sich aus keinen Illusionen darüber hin, die von ihnen angestrebte politische Macht auf parlamentarisch-demokratischem und damit verfassungsmäßigem Wege erreichen zu können. Überdies sind sie im ideologischen Ansatz Gegner der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie. Den Erfolg suchen sie dadurch, daß sie vorhandene Probleme und Ängste der Bürger aufgreifen, um diese in außerparlamentarischen Kampagnen und Aktionen anzusprechen, zu mobilisieren und für ihre Zwecke einzuspannen.

Bei der NPD und darüber hinaus im gesamten Bereich des Rechtsextremismus ist die *Ausländerproblematik* der zur Zeit weit im Vordergrund stehende Anknüpfungspunkt. *Ausländerfeindlichkeit* ist dabei noch nicht Rechtsextremismus -. Jedoch bildet sie das emotionale und psychopolitische Umfeld, in dem völkischer oder rassistischer Kollektivismus einen Nährboden findet und sich ausbreiten kann. Dies gilt um so mehr, als die Arbeitslosigkeit von der wirtschaftlichen und, sozialen Seite her der Ausländerfeindlichkeit weiteren Auftrieb gibt.

Im linksextremistischen Bereich versucht vor allem die DKP, die *friedenspolitische* Diskussion mit ihren Vorstellungen zu durchdringen und, wenn möglich, zu beherrschen. Sie tut das, indem sie Ängste, die aus der vorhandenen und gegebenenfalls besonders auch in Europa, vor allem auf dem Boden der Bundesrepublik in Aussicht stehenden weiteren Rüstung herrühren, für sich auszunutzen trachtet. Dabei kommt ihr zweierlei zugute: einmal eine verbreitete Unklarheit über den kommunistischen Friedensbegriff, der "Sozialismus" mit Frieden identifiziert, zum anderen ebenso verbreitete Verständnisprobleme hinsichtlich der politischen Bedeutung der waffentechnischen Komponente einer auf militärischem Gleichgewicht und auf Abschreckung gegründeten Sicherheits- und Friedenspolitik.

Der Terrorismus bleibt eine Gefahr für die Sicherheit unseres Staates. Im *Linksterrorismus* ist die Rote Armee Fraktion geschwächt, aber noch fähig zu spektakulären Aktionen. Die Revolutionären Zellen haben ihre Aktionen gegenüber dem Vorjahr erheblich verstärkt. Der *Rechtsterrorismus* hat in seinem gegen das atlantische Bündnis gerichteten "Antiimperialismus" nicht nur ideologisch eine stärkere Kontur, sondern auch praktisch mehr Wichtigkeit bekommen. Wenngleich unser Land davon zur Zeit noch nicht besonders betroffen ist, so kann sich das schnell ändern.

Die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch militante extremistische Ausländergruppen bedarf nach wie vor der sorgfältigen Beobachtung. Im Vordergrund stehen dabei noch immer rechts- und linksextremistische Gruppen der Türken. Unter ihnen sind solche, die auf die Ausländerfeindlichkeit hinweisen und sie als Ausfluß des in ihrer Agitation behaupteten "imperialistischen" Charakters der Bundesrepublik hinzustellen versuchen. Dies macht aufs neue die alte Erkenntnis deutlich, daß bedenkliche Erscheinungen und Entwicklungen in einem Bereich den Extremismus im anderen Teil des politischen Spektrums begünstigt.

Nordrhein-Westfalen bleibt ein Schwerpunktbereich gegnerischer Spionage. Deren erfolgreiche Abwehr gehört daher zu den Schwerpunktzelen der Sicherheitsbehörden, für die sie Unterstützung aller Bürger verdienen.

1 Rechtsextremismus

1.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz

Alle rechtsextremistischen Bestrebungen - Parteien, Organisationen, Gruppen sowie Publikationen, die Anhängerschaft bilden und zusammenhalten - haben drei gemeinsame Wesensmerkmale:

- Völkischen und rassistischen Kollektivismus
Der einzelne soll hiernach Wert und Würde aus der Zugehörigkeit zu seinem Volk, seiner Nation oder Rasse beziehen. Dieser völkische und rassistische Kollektivismus ist verbunden mit einem
- übersteigerten Nationalismus auf völkischer oder rassistischer Grundlage
Nationen, Völker und Rassen bilden angeblich ungleichwertige Menschen und ungleichwertige Kollektive heraus. Die eigene Nation, das eigene Volk und die Rasse, die es vermeintlich prägt, werden als höherwertig als die anderen angesehen.
- Eintreten für autoritäre Staatsgestaltung mit Führer- und Gefolgschaftsprinzip
Rechtsextremisten sind antidemokratisch, insbesondere antiparlamentarisch und antirechtsstaatlich.

Als wichtigste Gruppierungen innerhalb des Rechtsextremismus sind in Nordrhein-Westfalen zu nennen die "nationaldemokratischen" Organisationen, die "National-Freiheitliche" Rechte und der Neonazismus. Obwohl die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit ihren Nebenorganisationen Junge Nationaldemokraten (JN) und Bürgerinitiative Ausländerstopp betont, für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, steht sie wesentlichen Verfassungsgrundsätzen ablehnend gegenüber. Durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. November 1980 ist auch höchstrichterlich klargestellt worden, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Das ergibt sich aus ihrer ständigen gegen die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten und der Partei zuzurechnenden Polemik; darin kommen Mißachtung und Ablehnung oberster Verfassungswerte, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität, zum Ausdruck. Die JN als Jugendorganisation der NPD haben dieselben Ziele wie die Mutterpartei. Sie halten aber deren Arbeit für zu wenig kämpferisch.

Die NPD sieht in der Aktion "Ausländerstopp" weiterhin den Schwerpunkt ihrer Arbeit. Dem Antrag der NPD-gesteuerten Bürgerinitiative Ausländerstopp, ein neues Volksbegehren zuzulassen, hat die Landesregierung nicht stattgegeben. Die hiergegen eingelegte Beschwerde der Bürgerinitiative Ausländerstopp beim Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen hat dieser verworfen. Die Propagandaaktionen der Bürgerinitiative Ausländerstopp hielten weiter an.

Zur „National-Freiheitlichen“ Rechten zählen die Deutsche Volksunion (DVU) unter dem Vorsitz des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY und folgende, ebenfalls von Dr. FREY geführte und beeinflusste "Bruderverbände":

- Aktion Deutsche Einheit - AKON e.V.,

- Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA),
- Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)
und
- Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF).

Die DVU verfolgt im wesentlichen dieselben Ziele wie die NPD; ihre Aussagen sind jedoch meist aggressiver und häufig tagespolitisch bezogen. Neben der Diffamierung staatlicher Organe und der im Bundestag vertretenen Parteien kämpft die DVU mit völkisch-biologistischen Parolen gegen eine Ausländerintegration in Deutschland. Außerdem versucht sie, die NS-Zeit zu rechtfertigen und Verbrechen der NS zu verharmlosen.

Die DVU stellt, zusammen mit ihren „Bruderverbänden“, auch in Nordrhein-Westfalen nach wie vor die mitgliederstärkste rechtsextremistische Gruppierung dar. Im Januar 1982 gründete Dr. FREY mit der Aktion deutsches Radio und Fernsehen eine weitere „national-freiheitliche“ Organisation mit Sitz in München.

Die DVU ist die bedeutendste der im "Freiheitlichen Rat" (FR) vertretenen Organisationen. Der 1972 vom DVU-Vorsitzenden Dr. FREY gegründete und geleitete FR ist ein Funktionärsgrremium, dem mehrere Rechtsextremisten, darunter die Vorsitzenden der Aktion Deutsche Einheit, des Deutschen Blocks und der Wiking-Jugend (WJ), angehören. Von den genannten Organisationen hat in Nordrhein-Westfalen nennenswert nur die WJ agitiert. Bei ihr handelt es sich um eine selbständige Jugendorganisation, welche sich zu einem Volkstum- und Reichsgedanken bekennt, der durch die Vorstellung einer „elitären nordischen Rasse“ geprägt ist.

Der Neonazismus - eine besondere Form des Rechtsextremismus - wurzelt im historischen Nationalsozialismus. Er erstrebt ein dem „Dritten Reich“ ähnliches nationalistisch-rassistisches Regime, aufgebaut und organisiert nach dem Führerprinzip und beherrscht von einer Einheitspartei. Damit zielt er auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität. Seine hohe Militanz richtet sich zugleich gegen den Bestand wie die Sicherheit unseres demokratischen Staatswesens.

Nach dem Verbot der neonazistischen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands Anfang 1982 setzten andere neonazistische Gruppen im Jahre 1982 ihre gleichgerichteten Aktivitäten fort. In unserem Land traten drei neue NS-Gruppen in Erscheinung. Von Michael KÜHNEN (Hamburg), dem 1979 im Bückeburger Terroristenprozeß zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilten NS-Führer, ist nach seiner Haftentlassung (Dezember 1982) eine Reaktivierung der neonazistischen Szene zu erwarten. Die Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Neonazisten hat sich verfestigt. Mittlerweile bestehen Verbindungen deutscher Gruppen zu Gesinnungsgenossen in den Benelux-Ländern, in Großbritannien, Österreich und Spanien.

Wiederum traten Wehrsportgruppen mit rechtsextremistischer Tendenz auf (Herdecke und Dortmund).

Einen rechtsextremistischen Hintergrund weisen auch zahlreiche Waffen- und Sprengstofffunde, ausländerfeindliche Aktionen sowie ein Raubüberfall in Hagen auf. Sie zeigen, daß neben eindeutig neonazistischen Gruppen innerhalb des deutschen Rechtsextremismus auch organisationsunabhängige Einzelpersonen und Kleinstgruppen bestehen, die sich bewaffnen und Gewalt anwenden wollen. Die Gefahr des (seit Herbst 1979 auch in unserem Land auftretenden) Rechtsterrorismus ist nicht beseitigt, wie der Fall OXNER in Nürnberg (Mordanschläge auf Ausländer im Juni 1982) erweist. Wirksame vorbeugende staatliche Maßnahmen sind schwierig, weil die Gewaltakte zumeist von einzelnen Rechtsextremisten und spontan verübt werden. Gegen die Mitglieder der Deutschen „Aktionsgruppen“ verhängte langjährige Freiheitsstrafen zeigen, daß der Staat den Rechts- - ebenso wie den Linksterrorismus - nach wie vor mit aller Entschiedenheit bekämpft.

Organisatorisch haben sich bei den rechtsextremistischen Organisationen im Jahre 1982 in Nordrhein-Westfalen insgesamt gesehen keine bedeutsamen Veränderungen ergeben. Die Gesamtzahl ihrer Anhänger wird nach wie vor auf knapp 3.000 geschätzt.

Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 erhielt die *NPD* in Nordrhein-Westfalen 6.673 Erststimmen (0,1 %) und 19.434 Zweitstimmen (0,2 %). Sie erzielte damit gegenüber der Bundestagswahl 1980 (14.407 Zweitstimmen) einen Zuwachs von 5.027 Stimmen.

1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)

Die von dem Landesvorsitzenden Klaus SCHULTZ (Recklinghausen) geführte nordrhein-westfälische *NPD* kann einen Zuwachs um 200 auf rd. 1.000 Mitglieder verzeichnen. Dies dürfte hauptsächlich auf die Aktivitäten ihrer Bürgerinitiative „Ausländerstopp“ zurückzuführen sein.

Bundesparteitag

Rund 500 *NPD*-Anhänger nahmen am 26. bis 27. Juni 1982 am Bundesparteitag in Germersheim teil. Der Parteivorsitzende Martin MUSSGNUG stellte das *NPD*-Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl vor. Angesichts der Ausländersituation wies er auf die Chance hin, durch die Propagandaaktion „Ausländerstopp“ größere Bevölkerungskreise für die *NPD* zu gewinnen.

Landesparteitag

Unter dem Motto „*NPD* rettet Deutschland und die Demokratie!“ stand der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen *NPD* am 2. Mai 1982 in Witten, an dem etwa 350 Personen teilnahmen. Den Schwerpunkt des Parteitages bildete die Aktion „Ausländerstopp“. Vor dem durch Sperrgitter und Polizeikräfte abgesicherten Veranstaltungsraum versammelten sich bis zu 2.000 Gegendemonstranten.

Tätliche Auseinandersetzung mit Gegnern in Wuppertal

An einem Info-Stand der NPD in Wuppertal-Elberfeld bewarfen am 11. September 1982 Personen aus der Punkszene und dem terroristischen Umfeld die anwesenden Mitglieder der NPD und der JN mit Eiern und traten gegen die NPD-Werbetafeln. Die meist jugendlichen NPD/JN-Anhänger schlugen mit Latten, die sie mit sich führten, zurück. An der Auseinandersetzung beteiligten sich etwa zehn Personen; acht von ihnen wurden vorläufig festgenommen.

Reaktion auf "Belagerung" der Bochumer Geschäftsstelle

Gewerkschaftliche Kreise hatten in Flugschriften angekündigt: "Wir belagern eine Woche lang die Zentrale der NPD-"Bürgerinitiative Ausländerstopp". Die Aktion begann am 19. September 1982 vor der Landesgeschäftsstelle der NPD und JN in Bochum-Wattenscheid, in der sich auch die Zentrale der NPD-gesteuerten Bürgerinitiative Ausländerstopp befindet. Es beteiligten sich zeitweilig bis zu 200 und an der Abschlußkundgebung (24. September) etwa 400 Personen. Die Veranstalter konnten nicht verhindern, daß sich auch Linksextremisten unter die Demonstranten mischten.

Bei Beginn der „Belagerung“ hielten sich rund 40 NPD-Mitglieder in der Geschäftsstelle auf. Abgesehen von kleineren Zwischenfällen verlief die Konfrontation der gegnerischen politischen Lager gewaltlos.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Der Bundesvorsitzende Rainer VOGEL aus Hürth/Erftkreis ist auf dem Bundeskongreß (30./31. Oktober 1982 in Osnabrück) von den etwa 200 Teilnehmern erneut in seiner Funktion bestätigt worden. Die Bundesgeschäftsstelle wurde von Saarbrücken nach Köln verlegt. Anstelle des alljährlichen "Deutschlandtreffens" von NPD und JN aus Anlaß des 17. Juni trafen sich in diesem Jahr rund 100 JN-Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Kundgebung in Bad Hersfeld. Anschließend legten sie Kränze an einem Mahnmal nahe der DDR-Grenze nieder.

Den 12. ordentlichen Landeskongreß hielten die JN mit rund 80 Teilnehmern am 3. April 1982 in Bielefeld ab unter dem Motto "Der deutschen Jugend eine Zukunft". Vorstandswahlen fanden nicht statt. Landesvorsitzender ist weiterhin Ernst-Dieter SIEPMANN (Duisburg).

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)

Die von der NPD gesteuerte BIA beantragte am 17. März 1982 beim Innenminister des Landes erneut die Einleitung eines Volksbegehrens, gerichtet auf Erlaß eines "Gesetzes über die Einführung muttersprachlicher Regelklassen für ausländische Schüler in Nordrhein-Westfalen". Damit erstrebt sie die getrennte Unterrichtung von deutschen und Ausländerkindern. Ihrem Antrag waren ein entsprechender Gesetzentwurf und mehr als 3000 Unterschriften beigefügt.

Die Landesregierung hat das beantragte Volksbegehren nicht zugelassen (Kabinettsbeschuß vom 23. März 1982). Die gegen den ablehnenden Bescheid des Innenministers vom 29. März 1982 beim Verfassungsgerichtshof für das Land

Nordrhein-Westfalen eingelegte Beschwerde der BIA hat dieser mit Beschluß vom 4. März 1983 "als offensichtlich unbegründet verworfen".

1.3.1 Deutsche Volksunion (DVU)

Im Rahmen einer bundesweiten Vortragsreihe mit dem englischen Historiker David IRVING veranstaltete die DVU am 6. Juni 1982 in Dortmund einen Vortragsabend mit etwa 120 Teilnehmern. IRVING sprach über „Die Wahrheit über den Morgenthau-Plan - Wie die Deutschen vernichtet werden sollten“.

Weitere Vortragsveranstaltungen (mit Teilnehmerzahlen zwischen 50 und 100 Personen) führte die DVU im November 1982 in Aachen, Bielefeld, Düsseldorf und Essen durch. Dort behandelte IRVING das Thema „Der ungesühnte Holocaust - die Vertreibung der Deutschen“.

1.3.2 Wiking-Jugend (WJ)

Die WJ steht nach wie vor unter dem Bundesvorsitz von Wolfgang NAHRATH (Stolberg). Ihr Mitgliederbestand im Bundesgebiet hat sich 1982 leicht erhöht. Der Gau Nordrhein-Westfalen, von Reiner SCHMITZ (Köln) geleitet, dürfte mit rund 100 Mitgliedern der stärkste unter den deutschen WJ-Gauen sein. Kölner WJ-Mitglieder geben weiterhin das rechtsextremistische Jugendmagazin "GÄCK" heraus.

Am 27. November 1982 feierte die WJ in Wilhelmshaven ihr 30jähriges Bestehen. Es nahmen etwa 300 Personen teil, darunter Abordnungen von WJ-Gruppen aus Belgien, Holland und Spanien. Als Redner traten unter anderen der WJ-Gründer Walter MATHEI, Generalmajor a.D. Otto Ernst REMER und der rechtsextremistische Publizist Udo WALENDY (Vlotho) auf.

1.4 Neonazistische Gruppen

1.4.1 Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD)

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 27. Januar 1982 das Verbot und die Auflösung der VSBD und ihrer Jugendorganisation Junge Front (JF) ausgesprochen.

Gleichzeitig wurden die Wohnungen von 35 Funktionären und Mitgliedern der VSBD und JF im Bundesgebiet durchsucht. Dabei stellte die Polizei zahlreiches NS-Material, Munition, Schlag- und Stichwaffen sicher. Gegen das Verbot hat die VSBD Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben.

In Nordrhein-Westfalen, wo etwa zehn Anhänger leben, gab es schon seit 1978 keinen Landesverband mehr.

1.4.2 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

Anhänger der auslandgesteuerten NSDAP-AO traten 1982 wiederholt durch Klebe- und Flugblattaktionen in Erscheinung, so in Bonn, Dortmund, Köln, Waltrop und Witten. Auf ihren Hakenkreuz-Aufklebern und Flugschriften forderten sie

„Ausländer raus“, „Kampf den Judenparteien KPD, SPD, CDU, CSU, FDP“, „Kauft nicht bei Juden“ und „NSDAP-Verbot aufheben“.

In seiner seit Oktober 1982 auch in Nordrhein-Westfalen verbreiteten Ausgabe Nr. 48 rechtfertigt der „NS-Kampfruf“ - aus den USA eingeschleustes, vierteljährlich erscheinendes Organ der NSDAP-AO - die Morde des Neonazi OXNER an drei Ausländern im Juni 1982 in Nürnberg. Die Schrift bezeichnet den anschließenden Selbstmord OXNERs als „Opfertod“ und führt weiter aus: Dem „Bonner Verbrecherregime“ gelte „unser Haß und unser Kampf“. Seine Beseitigung sei „uns eine Herzensangelegenheit. Dazu sind wir bereit, jedes Opfer zu bringen; wirklich jedes.“

1.4.3 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die 1979 von einem NS-Aktivisten gegründete HNG hat sich inzwischen zu einem Sammelbecken für Neonazisten aus dem gesamten Bundesgebiet entwickelt. Sie betreut inhaftierte NS-Anhänger und setzt hierfür in den Bundesländern aktive Gesinnungsgenossen ein. In Nordrhein-Westfalen verfügt sie über einen „Regionalbeauftragten“ in Bielefeld.

1.4.4 Unabhängige Freundeskreise (UFK)

Anlässlich der Wiederholungssendung „Holocaust“ Mitte November 1982 im Fernsehen verbreiteten die UFK eine zwölfseitige Sonderausgabe ihrer Monatsschrift „UN - Unabhängige Nachrichten“. Darin forderten sie unter den Titelüberschriften „Holocaust? Wir haben es satt“ und „Stoppt endlich die Volksverhetzung!“ die Einstellung der Sendung. Außerdem befaßt sich die Schrift mit angeblichen Kriegsverbrechen der Alliierten gegenüber Deutschen im Zweiten Weltkrieg.

1.4.5 Deutscher Nationaler Verband Kreis Düren

Beim Treffen einer den Sicherheitsbehörden bis dahin unbekanntem Gruppe in Düren am 9. Januar 1982 war es zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen, bei der ein Mitglied eine Stichwunde davontrug. Die Polizei fand bei der Durchsuchung des Tatortes (bunkerähnlicher Bau) und der Wohnungen der Beteiligten funktionstüchtige Waffen, NS-Aufkleber und -Stoffabzeichen sowie - Propagandamaterial. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelte es sich bei der aus elf Personen bestehenden Gruppe, die sich Deutscher Nationaler Verband Kreis Düren nannte, um eine neonazistische Vereinigung, deren Aktivitäten sich auf das Kreisgebiet Düren beschränkten. Bis auf einen einmaligen brieflichen Kontakt zu einem dänischen NS-Anhänger unterhielt sie keine Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Kreisen.

1.4.6 Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront (N.S.D.B.F.)

Im August 1982 gingen bei den Firmen BAYER in Leverkusen, FORD in Köln und bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln Drohschreiben einer N.S.D.B.F. ein. Darin werden die ausländischen Arbeitnehmer als „Volkszerstörerbrut“ bezeichnet und ihre Entlassung gefordert. Bei Nichtbefolgung werden Sabotageakte angedroht. Außerdem erhielt Mitte

August 1982 der Bürgermeister von Rheda-Wiedenbrück einen N.S.D.B.F.-Drohbrief, in welchem gegen seine ausländerfreundlichen Äußerungen in einer Fernsehsendung polemisiert und in dem die Bundesrepublik Deutschland als „jüdisch-marxistisches Terrorregime“ verunglimpft wird. Die Kopfbögen sämtlicher Schreiben enthielten rautenförmige Embleme mit Hakenkreuzen. Die Drohschreiben waren überwiegend in Darmstadt aufgegeben worden. Einigen war die Abbildung eines SS-Mannes mit dem Text „Copyright by N.S.D.B.F. Reichspropagandadienst, 8500 Nürnberg und 8600 Bamberg i.Ofr.“ beigelegt.

1.4.7 Überregionales Treffen in Willich

Am 31. Oktober 1982 löste die Polizei in Willich eine Zusammenkunft von etwa 15 Neonazis auf, die z. T. uniformähnlich gekleidet waren. Im Versammlungsraum hing eine schwarzweißrote Fahne mit hakenkreuzähnlichem Emblem. Es handelte sich um die Fahne der neonazistischen Wehrsportgruppe Fulda, von der einige Mitglieder anwesend waren. Die Veranstaltungsteilnehmer waren durch Absingen juden- und ausländerfeindlicher Lieder aufgefallen und angezeigt worden.

1.5 Wehrsportgruppen

Wehrsportgruppen sind nicht notwendigerweise im Rechtsextremismus angesiedelt. Erst wenn sie neben ihren militärischen Ausrüstungsgegenständen auch NS-Kennzeichen oder rechtsextremistisches Schriftmaterial verwenden, darf und kann man zumindest einen entsprechenden Einfluß annehmen. Beispiele sind:

eine Gruppe in Herdecke

und

eine Wehrsportgruppe Mitte in Dortmund

1.6 Rechtsterrorismus, Waffen- und Sprengstofffunde mit rechtsextremistischem Hintergrund

Deutsche Aktionsgruppen (DA)

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 28. Juni 1982 zwei Mitglieder der rechtsterroristischen DA zu lebenslänglicher Haft, ein weiteres Mitglied zu sechs Jahren Freiheitsentzug. Der Rädelsführer der Gruppe, der ehemalige Rechtsanwalt und Gründer der neonazistischen Deutschen Bürgerinitiative (DBI) Manfred RÖDER, erhielt eine Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Die DA hatten 1980 im Bundesgebiet sieben Brand- oder Sprengstoffanschläge unter anderem auf Ausländerwohnheime verübt und im August 1980 Drohschreiben an zahlreiche Polizeidienststellen auch in Nordrhein-Westfalen gerichtet.

Waffen- und Sprengstofffunde

Im Verlauf des Juli 1982 förderten polizeiliche Hausdurchsuchungen bei Einzelpersonen in Schwelm und Hemer sowie bei einer Kleinstgruppe im Kreis Lippe neben umfangreichen Waffen auch NS-Material - darunter eine Hakenkreuzfahne - zutage. Im Besitz von Waffen und Sprengstoff sowie von Uniformteilen, Orden und Druckschriften aus der NS-Zeit wurden im November 1982 ferner zwei Männer im Raum Siegen angetroffen.

Bei dem Versuch zweier 19jähriger Schüler aus Bad Münstereifel, im September 1982 in einem Feuerlöschteich eine selbstgebastelte Bombe zu erproben, explodierte diese vorzeitig; die jungen Männer wurden schwerverletzt. Bei anschließenden Wohnungsdurchsuchungen fand die Polizei bei ihnen Chemikalien, Metallkörper und andere Materialien zur Herstellung von Sprengstoffen und letztlich Bomben, ferner eine Anleitung zur Herstellung von Explosivmitteln. Einer der Schüler besaß eine Vielzahl von Druckschriften, Büchern und Orden aus dem „Dritten Reich“ sowie Schallplatten mit NS-Propagandareden.

Raubüberfall auf Hagener Supermarkt

Am 3. November 1982 erfolgte ein bewaffneter Raubüberfall auf einen Supermarkt in Hagen. Hierbei wurden etwa DM 13.000 erbeutet. Bei den Tätern handelt es sich um drei Rechtsextremisten aus Hagen. In ihrer gemeinsamen Wohnung fand die Polizei Hitlerbilder, ein Hakenkreuz und NPD-Druckmaterial. Nach den polizeilichen Ermittlungen wollten zwei der Täter durch den Überfall Geld für private Zwecke beschaffen. Der dritte beabsichtigte, mit Hilfe des erbeuteten Geldes eine Jugendbewegung - offenbar mit rechtsextremistischer Zielsetzung - aufzubauen, die er „Sozialistischer Patriotenbund Westdeutschland“ nennen wollte.

1.7 Weitere rechtsextremistische Aktivitäten

1.7.1 "Heidelberger Manifest"

Im Januar 1982 wurde ein "Heidelberger Manifest" vom 17. Juni 1981 bekannt. Darin forderten 15 Professoren "alle Verbände, Vereinigungen und Bürgerinitiativen, die sich für die Erhaltung des deutschen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Lebensweise einsetzen", auf, einen Dachverband zu gründen. Weiter heißt es:

"Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug vieler Millionen Ausländer und ihrer Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur, unseres Volkstums ... Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften."

Zugleich mit dem Manifest wurde ein Aufruf zur Gründung eines "Schutzbundes für das deutsche Volk" (SDV) veröffentlicht; er ähnelt in seiner Diktion dem Sprachgebrauch der NPD. - Nach vielfältiger kritischer Reaktion in der Öffentlichkeit distanzierten sich die Professoren vom SDV. Eine Mehrzahl von ihnen veröffentlichte am 30. Januar 1982 in Mainz ein neues, abgeschwächtes Manifest, in dem es heißt:

"Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung ... Wer aus diesem Begriff (Volk) folgert, daß es auch nicht erhaltenswerte Völker gäbe, interpretiert gegen die Regeln wissenschaftlicher Hermeneutik und mißdeutet gröblich unser Anliegen."

1.7.2 Ausländerfeindliche Aktionen

1982 tauchte eine Reihe von Pamphleten auf, die sich gegen Ausländer - vor allem Türken - richteten und offenbar aus rechtsextremistischen Kreisen stammten. So wurden bekannt Drohschreiben

- einer „NSDAP-Auslandsorganisation“ - möglicherweise identisch mit der NSDAP-AO - an einen Redakteur (Mitte Januar 1982),
- von „Nationalen Deutschen“ an den „Kölner Stadtanzeiger“ (Februar 1982),
- einer „Gruppe zur Endlösung des Ausländerproblems“ an die Viersener Polizei (Anfang April 1982) und
- eines „Ausländer-Vernichtungs-Kommandos Deutschland“ an den WDR Köln (Mitte September 1982)

sowie Flugblätter einer „Anti-türkischen Terror-Organisation (ATTO)“ in Köln (Anfang März 1982).

Von Unbekannten wurde im März 1982 in Bonn eine lebensgroße Puppe am Geländer einer Eisenbahnüberführung aufgehängt. Sie trug um den Hals ein Schild mit dem Text „Ich bin (war) ein dummes Türken Schwein“. Ferner war ein Bettlaken mit den Worten „Türken raus - Deutsche Bewegung (DB)“ an dem Brückengeländer befestigt.

Versendung eines "Zionistenspiels"

Im November 1982 erhielt die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ in Düsseldorf anonym ein „Spiel: Jude ärgere Dich nicht“ aus Zweibrücken zugeschickt. Gleiche „Zionistenspiele“ gingen bei jüdischen Institutionen in Ludwigshafen, Saarbrücken und Mainz ein. Die „Spielregeln“ sind dem „Mensch ärgere Dich nicht“-Spiel nachempfunden und beschreiben die Tötung von Juden in Gaskammern unter Nennung der bekanntesten NS-Konzentrationslager. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren dauert an.

1.8 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1982 befanden sich unter den ca. 350.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ohne Vorbereitungsdienst) - soweit bekannt- 15 Angehörige rechtsextremistischer Organisationen. Sie verteilen sich auf die einzelnen Ressorts wie folgt:

		IM	FM	JM	KM	MWF	MAGS	insg.
Beamte	NPD	–	1	1	6	2	–	10
	sonst.	–	–	2	1	–	–	3
Beamte	ges.	–	1	3	7	2	–	13
Angestellte	NPD	–	–	–	1	1	–	2
	sonst.	–	–	–	–	–	–	–
Angestellte	ges.	–	–	–	1	1	–	2
Rechts- extrem.	insg.	–	1	3	8	3	–	15




NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

M. MAYER 27 FRIEDRICH 1982/83

Rassenvermischung fuhrt zum Untergang!

Europas Bedrohung

Die Rassenvermischung ist die größte Gefahr für die Zukunft der Menschheit. Sie führt zum Untergang der Nationen und zur Vernichtung der Kultur. Die Nationalsozialisten kämpfen für die Reinheit der Aryan-Rasse und die Errichtung eines neuen Weltreiches. Die Juden sind die Feinde der Aryan-Rasse und müssen vernichtet werden. Die Slaven sind die Untermenschen und müssen in die Sklaverei geführt werden. Die Nationalsozialisten sind die einzigen, die für die Zukunft Europas kämpfen.



A. NAUFR 1982

"Schlinge ich hier, würde ich hier die deutsche
Juden, Feindung und Niederwerfung, hier
die Zukunft, wie Glück und wie Leben
spielen"


LANDESSPIEGEL
Nordrhein-Westfalen

Michel,
willst du ewig
schlafen?



Junge Stimme
Mitteilungsblatt der Bundesverbände
der Jungen Nationalsozialisten 1982

DIE DEUTSCHE EINHEIT KOMMT BESTIMMT!




NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

M. MAYER 28 SOMMER 1982/83

Marschle über die Wirkung nach dem 1. März der Besatzungsgruppen!

Erneuter Opfertod eines jungen NS-Aktivisten

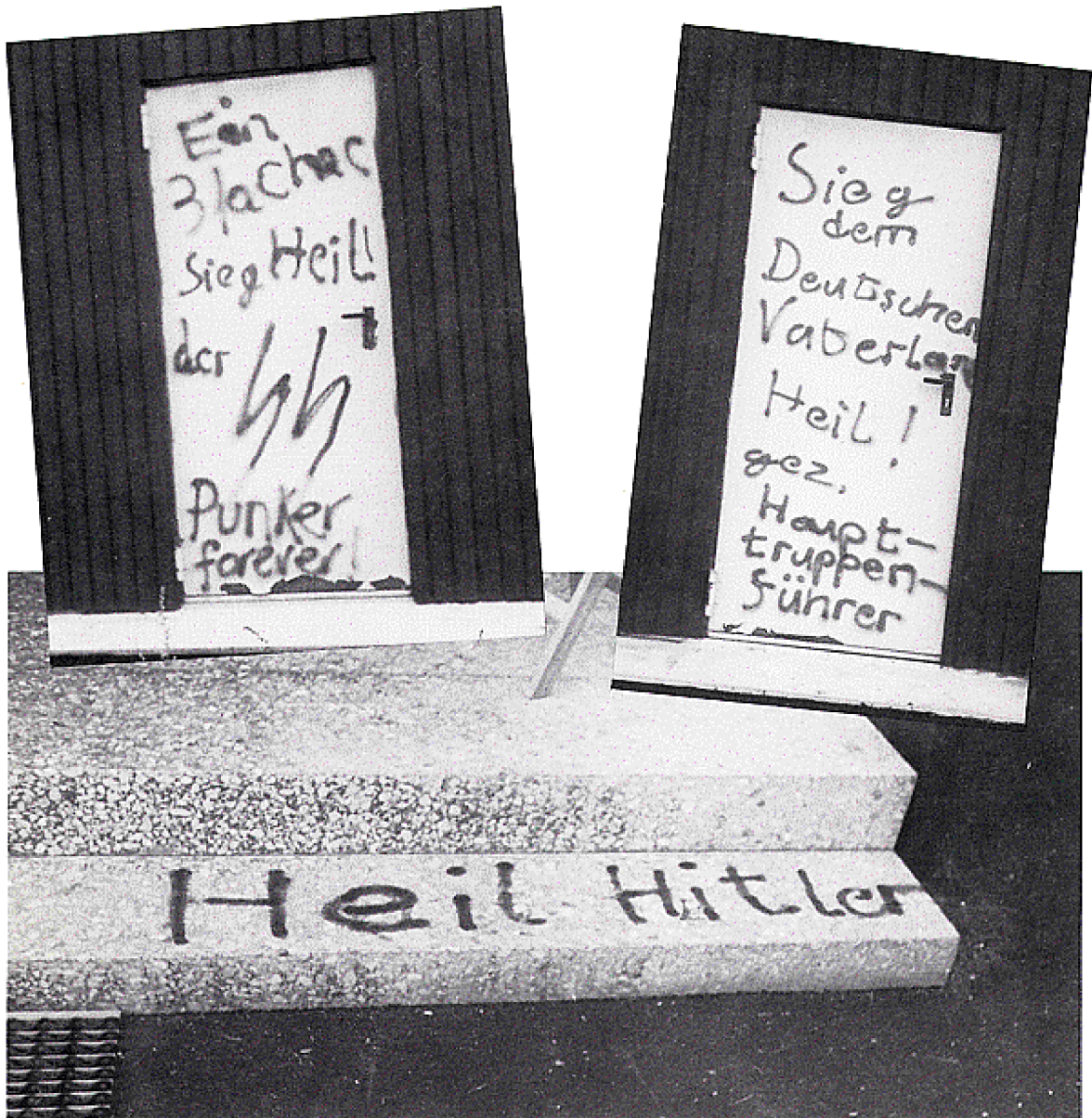
Der Opfertod eines jungen NS-Aktivisten ist ein Beweis für die Stärke der Nationalsozialistischen Bewegung. Er zeigt die Bereitschaft der Mitglieder, alles für die Sache zu opfern. Die Nationalsozialisten sind die einzigen, die für die Freiheit und die Einheit Deutschlands kämpfen. Die Besatzungsgruppen sind die Feinde der Freiheit und müssen vernichtet werden. Die Nationalsozialisten sind die einzigen, die für die Zukunft Deutschlands kämpfen.

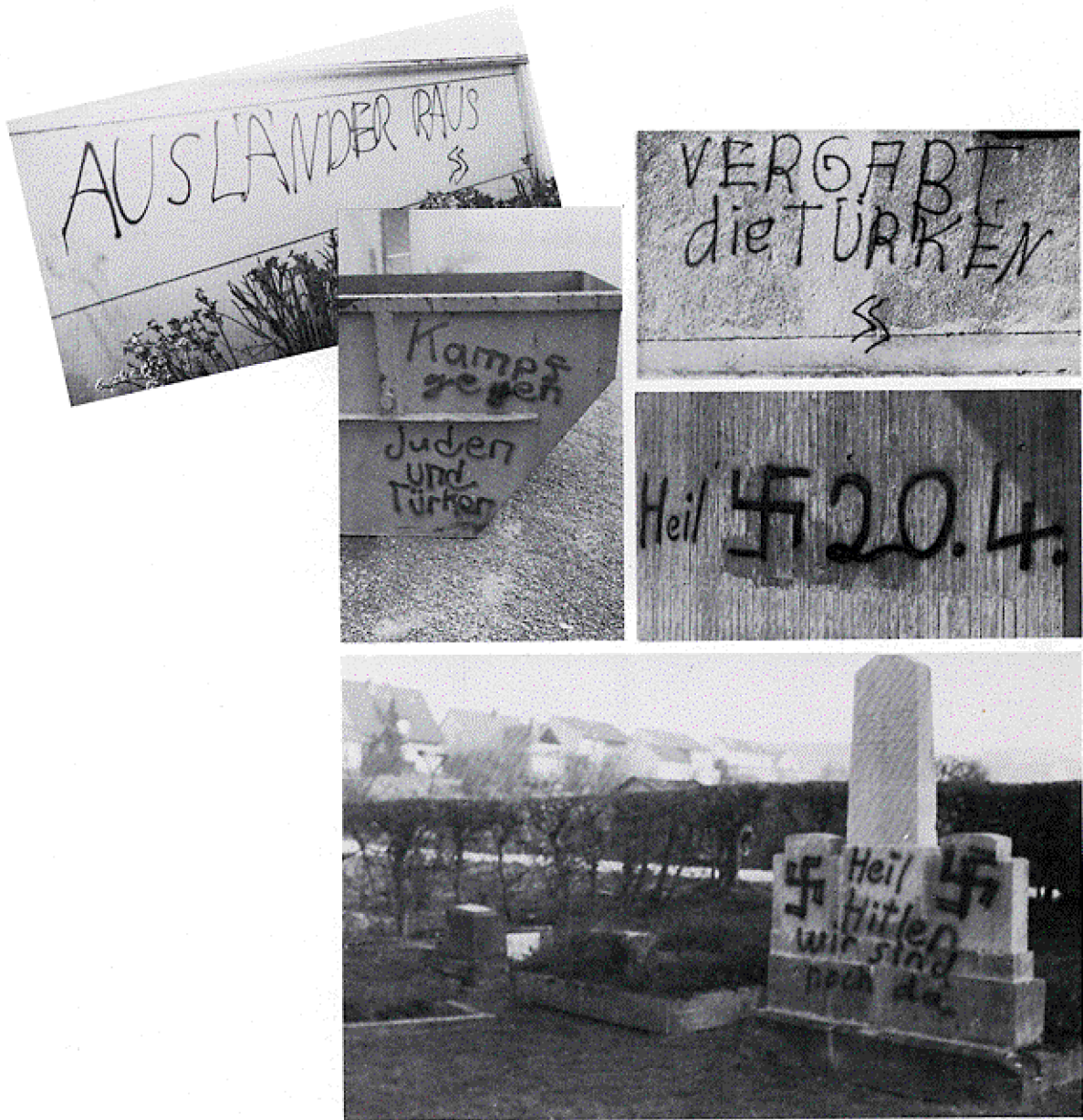


"NATÜRLICH IST DIE BUNDESREPUBLIK
FREI UND DEMOKRATISCH!"

"Es gibt kein Leben ohne die NSD!"

NS-VERBOT AUFHEBEN!





2 Linksextremismus

2.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz

Alle linksextremistischen Bestrebungen wollen den Kommunismus.*)

Die vielfältigen Unterschiede im Linksextremismus beziehen sich nicht auf das Ziel, sondern auf die Mittel, mit denen sie es erreichen wollen. Diese stehen im Gegensatz zur Würde des (Einzel-)Menschen, den Menschen- und Grundrechten als den zentralen Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Drei Wesensmerkmale bestimmen den Linksextremismus:

- Übersteigertes Klassenkampfdenkens, wonach das Leben des einzelnen Menschen ausschließlich durch die Interessen und Bedürfnisse der gesellschaftlichen Klasse bedingt ist, der er zugeordnet wird.
- Durch Klassenzugehörigkeit und Klassenkampf bestimmter Kollektivismus, wonach Wert und Würde des einzelnen Menschen sich nach seinem ihm zugemessenen politischen Stellenwert richten.
- Absage an die "bürgerliche" parlamentarisch-repräsentative und rechtsstaatliche Demokratie.

Die bisher vollständigste, geschlossenste und konsequenteste Ausprägung fand der Linksextremismus im *Marxismus-Leninismus*.

Die bedeutsamsten linksextremistischen Organisationen berufen sich sämtlich auf diese Ideologie. Sie wollen eine kommunistische Gesellschaftsordnung auf dem Wege über die "*sozialistische Revolution*" und die "*Diktatur des Proletariats*" herbeiführen. Die dadurch von ihnen gewollte Staatsordnung ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes nicht vereinbar.

Auch soweit sie nicht mehr die Begriffe „sozialistische Revolution“ und „Diktatur des Proletariats“ verwenden, sondern sich der in ihrem Sprachgebrauch gleichbedeutenden Ausdrücke wie "*sozialistische Umwälzung*" und "*Herrschaft*" oder "*Macht der Arbeiterklasse*" bedienen, verfolgen sie dieselben verfassungsfeindlichen Ziele. Dies gilt besonders für die sog. orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik, die sich zum Marxismus-Leninismus in seiner sowjetischen Prägung bekennen und bedingungslos der politischen Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der Sozialistischen Einheitspartei (SED) der DDR folgen.

Führende Kraft der "orthodoxen" Kommunisten ist - seit Jahren unverändert- die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) mit ihren *Nebenorganisationen*

- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
- Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus) und
- Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation.

Diese Nebenorganisationen sind zwar organisatorisch selbständige Vereinigungen mit eigenen Satzungen und Führungsgremien, sie ordnen sich jedoch der Kernorganisation DKP unter, von der sie auch vielfältig unterstützt werden. Mit der DKP zusammen stellen sie einen ideologisch festen Block dar.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die weitverbreitete Sorge um die Erhaltung des Friedens haben die agitatorischen Ausgangspositionen der DKP in Betrieben, einzelnen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und örtlichen "Friedensgruppen" zweifellos verbessert. Trotz vielfältiger Bemühungen ist es ihr jedoch nicht gelungen, ihren Einfluß auf die politischen Geschehnisse in Nordrhein-Westfalen zu vertiefen.

Die DKP vermochte es aber nach wie vor, auf die Tätigkeit anderer Organisationen Einfluß zu nehmen und namentlich ihren Nahzielen dienlich zu machen, deren satzungsmäßige Ziele nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstoßen. Dabei ist der Grad ihres kommunistischen Einflusses unterschiedlich, reicht aber in einigen Fällen so weit, daß keine politisch bedeutsamen Entscheidungen gegen den Willen der einflußnehmenden kommunistischen Organisationen getroffen werden können. Dies ist meist der Fall, wenn

- eine Organisation auf Initiative einer kommunistischen Organisation gegründet wurde,
- die maßgeblichen Funktionen der Organisation in Händen kommunistischer oder eindeutig prokommunistischer Funktionäre liegen oder
- die beeinflusste Organisation von der KPdSU oder anderen kommunistischen Parteien gesteuerten internationalen Dachverbänden angehört.

Die linksextremistischen Organisationen und Gruppen der sog. dogmatischen Neuen Linken, die z. T. aus der sozial revolutionären Studentenbewegung der sechziger Jahre hervorgegangen sind, lehnen den Kommunismus in seiner sowjetischen Prägung als "revisionistisch" und "sozial-imperialistisch" ab und orientieren sich überwiegend mehr an den Vorstellungen der chinesischen oder albanischen kommunistischen Partei. Das hat dazu geführt, daß sie in ihrer bisherigen Agitation häufig offen die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ propagieren und auch zur Durchsetzung ihrer tagespolitischen Ziele grundsätzlich bereit sind, Gewalt anzuwenden.

Die *Kernorganisation* der dogmatischen Neuen Linken haben 1982 weiter an Bedeutung verloren. Zu nennen sind noch:

- Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
- Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Volksfront - (V)
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), eine am 21. August 1982 in Düsseldorf vollzogene Neugründung, hervorgegangen aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands.

Nebenorganisationen spielen bei ihnen in Nordrhein-Westfalen keine nennenswerte erfolgreiche Rolle mehr.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland, der durch die im September 1980 vollzogene Abspaltung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) entscheidend geschwächt worden ist, hat in Nordrhein-Westfalen seine Handlungsfähigkeit verloren. Der Kommunistische Bund und der BWK sind in diesem Jahr nicht wesentlich, die Gruppe 99 (Gruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands, die sich 1980 selbst auflöste) überhaupt nicht mehr in Erscheinung

getreten.

Daneben gibt es auch eine Reihe "autonomer" Gruppen, die sämtlich die dogmatische Konzeption des Marxismus-Leninismus ablehnen. Sie wollen ebenfalls die bestehende Gesellschaftsordnung kämpferisch beseitigen. Hierzu versuchen sie vor allem, alle Ansätze von Widerstand gegen die staatliche Ordnung revolutionär für ihre Ziele, die häufig anarchistische Züge tragen, zu nutzen. Sie operieren voneinander unabhängig und spontan. Meist handelt es sich um kleine und lose örtliche Zusammenschlüsse, die auch nur relativ kurzlebig sind.

Die Gesamtzahl der Anhänger linksextremistischer (Kern- und Neben-) Organisationen wird in Nordrhein-Westfalen auf etwa 20.000 geschätzt. Hiervon entfallen auf den "orthodoxen" Linksextremismus (DKP und DKP-Nebenorganisationen) etwa 18.000.

Zur Bundestagswahl am 6. März 1983 kandidierte die *DKP in allen Wahlkreisen*. Sie erhielt in Nordrhein-Westfalen 32.312 Erststimmen (0,3 %) und 21.065 Zweitstimmen (0,2 %). Gegenüber der Bundestagswahl 1980 (33.594 Erst- und 23.105 Zweitstimmen) erlitt sie damit eine Stimmeneinbuße von 1.282 Erst- und 2.040 Zweitstimmen. Ein wesentlich über dem Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis konnte sie mit 1,3 % der gültigen Erst- und 0,7 % der gültigen Zweitstimmen lediglich im Wahlkreis Bottrop-Recklinghausen IV erzielen.

Für die KPD und den BWK, die sich mit einer gemeinsamen Liste unter der Bezeichnung "Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)" an der Wahl beteiligten, wurden 2.441 Stimmen (0,0 %) abgegeben.

*) D. h. eine „Gesellschaft ohne Klassen“ auf der Grundlage des „einheitlichen gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln“, die „gesetzmäßig aus den Bedingungen des Sozialismus hervorgeht“ (Lenin). Die Merkmale einer solchen Gesellschaft im einzelnen bleiben mehr oder weniger unbestimmt; sie unterliegen unterschiedlicher Ausprägung und Deutung.

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Spitzenfunktionäre der DKP haben sich im Berichtsjahr in parteioffiziellen Publikationen oder bei Parteiveranstaltungen eindeutig zur Errichtung des "Sozialismus" in der Bundesrepublik Deutschland bekannt und den „Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung“ erneut als unumkehrbar bezeichnet. Jeder Versuch „historisch überlebter Klassen, die gesetzmäßige gesellschaftliche Entwicklung gewaltsam aufzuhalten“, gilt als „Konterrevolution“, die zu bekämpfen ist.

Parteiorganisation

Die DKP verfügt als mitgliederstärkste und durch die Zuschüsse aus der DDR finanzkräftigste linksextremistische Organisation wie bisher über einen straff gegliederten, funktionstüchtigen Parteiapparat.

Die Parteizentrale in Düsseldorf mit etwa 100 hauptamtlichen Mitarbeitern leitet in Nordrhein-Westfalen die beiden Bezirksorganisationen Ruhr-Westfalen (Sitz:

Essen) und Rheinland-Westfalen (Sitz: Düsseldorf) an, die insgesamt etwa 30 weitere Personen hauptamtlich beschäftigen. Von den 44 Kreisorganisationen in Nordrhein-Westfalen werden als sogenannte Grundeinheiten etwa 300 Orts-, Stadtteil- und Wohngebietsgruppen sowie etwa 120 Betriebs- und Hochschulgruppen angeleitet.

Obwohl die DKP große Anstrengungen unternahm, ihre Mitgliederzahl zu erhöhen, ist ihr dies nicht gelungen. Sie hat ihre politischen Bemühungen um Einfluß im Bereich der Friedensbewegung und der Bürgerinitiativen mit einer Auszehrung des Parteilebens und der Reduzierung der parteiinternen Aktivitäten bezahlt.

Finanzierung

In dem vorgelegten Rechenschaftsbericht für 1981 wies die DKP Gesamteinnahmen in Höhe von DM 15.102.744,13 aus (1980: DM 15.759.404,22).

Wie in den Vorjahren kann eine auch nur annähernde Kostendeckung für den umfangreichen Parteiapparat sowie für die aufwendige Publizistik und Agitation mit diesen Einnahmen nicht möglich gewesen sein. Auch 1982 ergaben sich Anhaltspunkte dafür, daß die DKP für ihre Parteiarbeit und für ihre Nebenorganisationen von der DDR erheblich finanziell unterstützt wurde. Die ihr von dort zugeflossenen Geldbeträge, die verdeckt in das Bundesgebiet geschleust werden, dürften monatlich mehr als DM 5 Millionen betragen haben.

Schulung

"Gute Bildungsarbeit" unter den Mitgliedern der Partei bezeichnete der DKP-Vorsitzende Herbert MIES als Voraussetzung, um „auf den Hauptkonfliktfeldern der nächsten Zeit erfolgreich arbeiten zu können“. Die Durchführung der zweimonatlichen Bildungsabende in den Grundorganisationen ist für die DKP nach wie vor "wichtigste Form" der Parteischulung.

Besondere Bedeutung haben auch die „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“ bei den DKP-Bezirksvorständen, deren Hauptaufgabe die Weiterbildung von DKP-Mitgliedern ist, die in Betrieben und Gewerkschaften wichtige

Funktionen ausüben oder erlangen sollen. Sie veranstalteten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1982 Jahreslehrgänge in Dortmund, Essen und Wuppertal.

Weiterhin stehen der DKP für die Schulung bzw. ideologische Arbeit ihrer Mitglieder zur Verfügung:

- das Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. in Frankfurt/Main,
- die Marxistische Arbeiterbildung (MAB) in Wuppertal als Dachverband der lokalen MAB-Bildungsgruppen und der Marxistischen Abendschulen,
- die Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen,
- die SED-Parteischule „Franz Mehring“ in Berlin (Ost),
- das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU in Moskau und

- der Verein Marx-Engels-Stiftung e.V. im Marx-Engels-Zentrum in Wuppertal.

Betriebsarbeit

Als "revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" bemühte sich die DKP auch 1982, ihren politischen und ideologischen Einfluß vor allem in den Großbetrieben zu erweitern. Hier entscheide sich, so äußerte das DKP-Präsidiumsmitglied Ludwig MÜLLER, "wohin sich die Mehrheit der Arbeiterklasse unseres Landes bewegt".

Nach Äußerungen des Parteivorsitzenden Herbert MIES ist die Partei über die Betriebsgruppen „am engsten mit der Arbeiterklasse verbunden“. Die etwa 100 DKP-Betriebsgruppen in Nordrhein-Westfalen haben vor allem die Aufgabe, die aus ihren Reihen gewählten Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauenskörper zu unterstützen und in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen "den Standpunkt der Arbeiterklasse" überzeugend zu vertreten.

Unterstützt wird die Betriebsarbeit in Nordrhein-Westfalen durch etwa 130 DKP-Betriebszeitungen. Diese greifen hauptsächlich innerbetriebliche Probleme und andere, meist lohnbezogene Themen auf, um die Arbeiter als Verbündete zu gewinnen. Schwerpunkte waren auch Rationalisierungsmaßnahmen, wobei die DKP versuchte, zwischen Rüstungslasten und Arbeitslosigkeit einen Zusammenhang darzustellen.

Publikationen

Die DKP besitzt ein weitgefächertes Netz von Publikationsorganen. Als Zentralorgan gibt sie die Zeitung "Unsere Zeit" (UZ) heraus. Sie erscheint täglich (Auflagenhöhe etwa 25 000, Wochenendausgabe etwa 50000 Exemplare). Daneben erscheinen regelmäßig als wichtigste zentrale Schriften der „DKP-Pressedienst“, die „Marxistischen Blätter“, die "Nachrichten" (für Gewerkschaftsfunktionäre), die "Landrevue" (für die Landbevölkerung), der „infodienst" (für DKP-Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen), die deutschsprachige Ausgabe der internationalen Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", die Broschüre „Praxis" (für die Parteiarbeit) sowie die Schrift „Sozialismus konkret" (mit ausschließlichen Berichten aus der DDR). Eine besondere Rolle nehmen die Betriebs-, Kreis- und Stadtteilzeitungen ein. 1982 konnten in Nordrhein-Westfalen rund 140 Betriebs- und Hochschulzeitungen sowie 130 Kreis- und Stadtteilzeitungen festgestellt werden, deren Auflagenhöhe durchschnittlich unter 10000 Exemplaren lag. Die Schriften sind überwiegend in der „Hausdruckerei" der DKP „Plambeck & Co." in Neuss hergestellt worden. Dieses Unternehmen beschäftigt etwa 370 Personen.

Internationale Beziehungen

Wie in den Vorjahren unterhielt die DKP intensive Kontakte auf internationaler Ebene, vor allem zu ihren "Bruderparteien". Besonders eng waren die Beziehungen zwischen der DKP und der KPdSU. Vertreter der KPdSU nahmen wiederholt an Veranstaltungen der DKP im Bundesgebiet teil; Abordnungen der DKP waren Gäste bei Festveranstaltungen der KPdSU, u.a. zum 1. Mai und zum 65. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die Delegation der DKP anlässlich der

Beisetzung von Leonid BRESCHNEW wurde von dem DKP-Vorsitzenden MIES angeführt.

Delegationen in die DDR

Die DKP-Bezirksorganisationen Rheinland und Ruhr-Westfalen entsandten im Jahre 1982 mindestens 100 Delegationen in die DDR. Es handelte sich hierbei vorwiegend um Funktionärsdelegationen, Delegationen mit neugewonnenen Mitgliedern, ferner solche mit Lehrgangsteilnehmern der "Marxistischen Betriebsarbeiterschule". Sie umfaßten in der Regel nicht mehr als 15 Personen. Zu den Reisen luden die SED-Bezirksleitungen Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt ein. Der Aufenthalt in der DDR diente der Werbung für den "realen" Sozialismus.

Von *zentralen Veranstaltungen* sind zu erwähnen:

- ***"Woche der DKP"***
Die DKP mobilisierte erhebliche Kräfte, um die Öffentlichkeit im Rahmen dieser Woche (23. bis 31. Januar 1982) mit ihren Vorstellungen zu den Themen Friedenssicherung, "Sozialabbau", "Rotstiftpolitik" und „Massenarbeitslosigkeit“ vertraut zu machen. Die Woche fand ihren Höhepunkt in einem sog. Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Treffen am 24. Januar 1982 in Bottrop, an dem etwa 1000 Personen aus dem 1 n- und Ausland, darunter Vertreter der KPdSU, der kommunistischen Parteien Äthiopiens, Belgiens, Bulgariens, CSSR, Portugals, Ungarns und der SED, teilnahmen.
Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann GAUTIER erklärte in einem einleitenden Referat, Liebknachts Worte "der Hauptfeind steht im eigenen Land" seien für die DKP Auftrag, „noch energischer die abenteuerliche Politik des Groß- und Rüstungskapitals und seiner politischen Sachwalter in unserem Land zu entlarven". Die DKP werde große Anstrengungen unternehmen, um neue Unterschriften unter den "Krefelder Appell" zu sammeln, sich aktiv an Friedenswochen, Meetings und Kundgebungen gegen neue US-Atomraketen beteiligen und massiv die Ostermärsche '82 unterstützen. Redner der KPdSU und der SED kritisierten die Sicherheitspolitik des westlichen Verteidigungsbündnisses.
- ***DKP-Aktionen zum "Internationalen Frauentag"***
Die DKP trat anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März mit zahlreichen politischen Aktionen in Erscheinung, besonders zu den Themen „Frau und Frieden“, „Gegen Raketenstationierung“, „Frauen gegen die Streichung von Sozialleistungen durch die Rotstiftpolitik der Regierung“, „Frauen für das Recht auf Arbeit“. Zum herausragenden Ereignis aus der Sicht der DKP wurde der Besuch einer sowjetischen Delegation mit der Kosmonautin Valentina TERESCHKOWA an der Spitze, die auf Einladung des Parteivorstandes an Frauenveranstaltungen, u.a. in Düsseldorf, teilnahm.
- ***"5. UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP"***
Das Zentralorgan der DKP "Unsere Zeit" (UZ) führte vom 18. bis 20. Juni 1982 in Duisburg-Wedau sein 5. UZ-Pressesfest durch, zu dem über 400.000 Besucher erschienen.
Neben einem künstlerischen Programm mit rund 1.000 Künstlern und Sportlern - vornehmlich aus Ländern des Ostblocks - fanden einige politische Veranstaltungen mit DKP-Spitzenfunktionären statt. Auf Einladung der DKP

erschieden 28 Delegationen sonstiger kommunistischer Parteien mit zum Teil ranghohen Funktionären.

Die DKP mußte für die Überlassung des Stadions und der Vorplätze insgesamt etwa DM 100.000 zahlen.

Das Interesse der Vielzahl der Besucher galt fast ausschließlich den künstlerischen und sportlichen Darbietungen. Bei den politischen Veranstaltungen blieben die DKP-Mitglieder mit ihren Gästen aus den übrigen kommunistischen Parteien weitgehend unter sich.

- **"Arbeiterfestkonzerte"**

Die DKP veranstaltete am 27. November 1982 in Düsseldorf und am 28. November 1982 in Bottrop sog. Arbeiterfestkonzerte mit der "Weimarschen Staatskapelle". Sie nutzte die Veranstaltung zur Agitation gegen die Sicherheitspolitik der Staaten des Nordatlantikpakts.

2.2.1 Bündnispolitik

Die DKP versuchte auch 1982, auf die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe von Bündnisorganisationen einzuwirken und die politischen Verhältnisse dadurch zu ihren Gunsten zu verändern. Dieses Hinwirken auf die Erreichung von Teilzielen, die als solche nicht spezifisch kommunistisch sind, wird von der DKP als Etappe auf dem Wege zum revolutionären Fern- und Endziel angesehen und mit diesem ideologisch und politisch verbunden. Die DKP bekennt dies auch offen:

"Die antimonopolistische Bündnispolitik muß eingeordnet werden in die Gesamtstrategie des Kampfes um den Sozialismus. Die marxistische Partei der Arbeiterklasse ... darf auch vor den Bündnispartnern keinen Zweifel daran lassen, daß ihr Ziel der Sozialismus ist."

Dies gilt in besonderem Maße von den Bündnissen, die von der DKP angestrebt werden, um auf die friedens-, sicherheits- und abrüstungspolitische Diskussion in ihrem Sinne Einfluß zu nehmen. Für die DKP ist "der Kampf um den Frieden immer Klassenkampf".

Im „Kampf um den Frieden“, wie die DKP ihn versteht, spielen von ihr beeinflusste Organisationen eine besondere Rolle. Dazu gehören in diesem Schwerpunktbereich vor allem:

- **Deutsche Friedens-Union (DFU)**

Die DFU ist 1960 auf kommunistisches Betreiben als "Volksfront"-Partei gegründet worden. Von den sieben Mitgliedern ihres Direktoriums und den über 50 Mitgliedern ihres Bundesvorstandes sind etwa ein Viertel Kommunisten, etwa ein Drittel gehören gleichzeitig anderen kommunistisch beeinflussten Organisationen an. Die DFU ist dem sowjetisch gelenkten "Weltfriedensrat" angeschlossen und unterhält Kontakte zu gleichgerichteten Organisationen in Ostblockländern. Gesprächspartner sind dabei u. a. die Nationale Front und der Friedensrat der DDR sowie das Tschechoslowakische Friedenskomitee.

- **Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)**

Das KFAZ ist 1974 unter maßgeblicher Beteiligung orthodox-kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen gegründet worden und ein wichtiges Organ zur Koordinierung der kommunistischen

Abrüstungskampagne, obgleich die Mehrzahl seiner Anhänger Nichtkommunisten sind. Durch gemeinsame Aktionen von Kommunisten und Demokraten soll es helfen, die sowjetischen Vorstellungen zur "Friedens- und Abrüstungspolitik" durchzusetzen. Die eigentliche Leitung - insbesondere die politische Ausrichtung sowie die Festlegung und Durchführung von Aktionen - liegt bei einem "Büro", dessen acht Mitglieder persönlich oder über Organisationen, in denen sie außerdem tätig sind, dem sowjetisch gelenkten Weltfriedensrat angehören.

- *Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)*
Die DFG-VK, 1974 als Zusammenschluß zweier Kriegsdienstgegnerorganisationen gegründet, ist eine Organisation, deren Mitglieder zum größten Teil Nichtkommunisten sind. Im Bundesvorstand (15 Mitglieder) haben jedoch Kommunisten führende Positionen. Einer der Bundesvorsitzenden gehört gleichzeitig dem Weltfriedensrat und dem Büro des KFAZ an. Dem Bundesvorstand der DFG-VK wird aus eigenen Reihen einseitige Orientierung auf die DKP vorgeworfen.

Orthodoxe Kommunisten bilden in den außerordentlich vielschichtigen Protestbewegungen eine zahlenmäßige Minderheit. Da sie aber über klare Zielvorstellungen, eine geschlossene Organisation mit verbindlicher Parteidisziplin, ein weites Netz von Vorfeldorganisationen und ausreichend finanzielle Mittel sowie ein erprobtes Kampagnenmanagement verfügen, geht ihr Einfluß oft erheblich über ihren zahlenmäßigen Anteil hinaus.

1982 zeigte sich der Einfluß der DKP vor allem bei folgenden Veranstaltungen:

- Sie hat sich an der organisatorischen Vorbereitung der "Ostermärsche" vom 9. bis 12. April 1982 maßgeblich beteiligt.
- Die von der DFU gesteuerte „Krefelder Initiative“ war offizieller Veranstalter der bundesweiten Großveranstaltung "Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 rund um das Bochumer Ruhrstadion. Als „Initiatoren“ traten u.a. namhafte Künstler aus der "Pop- und Rock-Szene" auf. Werbung und Kartenvertrieb lagen weitgehend in Händen führender DFU-Funktionäre. Während des Programms traten verteilt auf fünf der sieben Bühnen Initiatoren des „Krefelder Appells“ als Redner für „Frieden und Abrüstung“ auf, darunter auch das Direktoriumsmitglied der DFU, Josef WEBER. Ein attraktives Musikprogramm und das Vorschieben namhafter Künstler als „Initiatoren“ lockte mehr als 100.000 zumeist junge Menschen an, die dort für den „Krefelder Appell“ geworben werden sollten.
- Auf einer Arbeitstagung des KFAZ am 26. September 1982 in Köln wurde den mehr als 300 teilnehmenden Vertretern von „Friedensinitiativen“ eine Erklärung des KFAZ vorgelegt, nach der u. a. die Friedensbewegung ihre Aktionen und ihre Zusammenarbeit in der "Kernfrage - Verhinderung der NATO-Nachrüstung - weiterentwickeln" müsse.
Als *Aktionsformen* wurden vorgeschlagen:
den „Krefelder Appell“ zu einer „Abstimmung des Volkes auszuweiten“, bei der Unterschriftensammlung "unser Land, Straße für Straße, Gemeinde für Gemeinde, Betrieb für Betrieb, Schule für Schule, Universität für Universität zur atomwaffenfreien Zone zu erklären", mit Aktionen zum 30. Januar 1983 (50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers), „Ostermärschen“ und neuen

Großdemonstrationen "nationale und internationale Höhepunkte" zu schaffen, die Bevölkerung in den vorgesehenen Stationierungsorten und an allen Militärstützpunkten zu mobilisieren, Aktionen ‚vor Ort‘ durchzuführen. Die DKP-Grundeinheiten wurden nachdrücklich verpflichtet, während der von der "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" (ASF) und der "Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden" (AGDF) im November 1982 initiierten "Friedenswochen" mit den örtlichen Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Christen und anderen Personengruppen die Zusammenarbeit zu suchen.

Für die Beteiligung an ‚Gewaltfreien Aktionen‘ vor militärischen Anlagen anlässlich des 3. Jahrestages des "NATO-Beschlusses" am 12. Dezember 1982 wurde ebenfalls durch die DKP und ihre Nebenorganisationen geworben.

2.2.2 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Am 6./7. März 1982 fand in der Düsseldorfer Stadthalle der VII. Bundeskongreß der SDAJ statt. Unter den Gästen befanden sich auch der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie der Leiter der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Bonn.

In dem von dem wiedergewählten Bundesvorsitzenden Werner STÜRMANN vorgetragenen Bericht des Bundesvorstandes an den VII. Bundeskongreß spielt der "Friedenskampf" eine zentrale Rolle, wobei auch die SDAJ darunter insbesondere den Kampf ‚gegen die Stationierung neuer US-Raketen' versteht. Wörtlich sagte STÜRMANN:

"Je stärker der Sozialismus, um so sicherer ist der Frieden " und "Das eine (Kapitalismus) ist Aggressivität, das andere (Sozialismus) bedeutet Frieden ".

Damit hat er den ideologisch-politischen Standort der Kommunisten zum internationalen Frieden und den Sinn kommunistischer Friedenspolitik auf einprägsame Kurzformeln gebracht, gleichzeitig aus ihrer Sicht den Sinn und die Bedeutung des Engagements der Kommunisten in der Friedensbewegung gekennzeichnet.

Der Landesverband Ruhrgebiet-Westfalen der SDAJ veranstaltete in der Zeit vom 28. bis 31. Mai 1982 in Hattingen in den Ruhwiesen sein „Pfingstcamp". Während der gesamten Dauer der Veranstaltung übernachteten etwa 3000 Personen in den bereitgestellten und mitgebrachten Zelten. In der Zeit vom 29. bis 31. Mai 1982 wurden jeweils Rockveranstaltungen bis zu 10000 Besucher registriert.

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der MSB und der Sozialistische Hochschulbund (SHB) haben auch 1982 ihre „Aktionseinheit" fortgesetzt. Beide traten im Rahmen des „Friedenskampfes" mit örtlichen bzw. überörtlichen Aktionen

- gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses

- für "atomwaffenfreie Fachbereiche und Hochschulen"

öffentlich hervor.

Die auch gemeinsam durchgeführten Aktionen gegen die "Rotstiftpolitik" der Bundesregierung - insbesondere gegen die Umstellung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) auf Darlehensbasis - wurden mit dem „Friedenskampf“ unter dem Motto "BaföG statt Pershing" verknüpft. Vorsitzender des MSB ist weiterhin der auf der letzten Bundesdelegiertenversammlung IM Herbst 1981 gewählte Uwe KNICKREHM (Bonn).

Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (JP)

Auch 1982 veranstalteten die DKP und die Jungen Pioniere ihre preisgünstigen 14tägigen Kinderferienreisen in die DDR. Pro Kind mußten die Eltern DM 120 einzahlen, für jedes weitere Kind verringerte sich der Betrag um jeweils DM 10. Allein der Landesverband Ruhrgebiet-Westfalen verschickte mit Sonderzügen und einigen Bussen etwa 1.350 Kinder.

Diese Ferienreisen werden bei den Veranstaltern auch als geeignetes Mittel angesehen, neue Mitglieder zu werben und über die Kinder auch deren Eltern zu erreichen. Unter dem Motto "Kinder wollen Frieden" stand der 4. Bundeskongreß der JP am 4. und 5. Dezember 1982 in Dortmund. Politischer Schwerpunkt dieser Konferenz war erwartungsgemäß der „Kampf gegen US-Raketen“ und in diesem Zusammenhang die Unterstützung des Krefelder Appells. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Achim KROOSZ stellte in seinem Referat fest: „Wir haben massiv neue Mitglieder aufgenommen und Gruppen gegründet ... Unser Pionierverband ist heute doppelt so groß wie zu Anfang dieses Jahres.“ Diese Feststellung trifft nicht zu; die tatsächliche Mitgliederzahl liegt nach wie vor bei etwa 3.500.

2.3 Dogmatische Neue Linke

2.3.1 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Im Februar 1982 fanden in Dortmund und Düsseldorf Veranstaltungen der KPD zum Thema "Polen" statt. Redner war in Dortmund der Vorsitzende der KPD, Ernst AUST, in Düsseldorf der Redakteur des "Roten Morgen" (Zentralorgan der KPD) Helmut EISZ.

Ab Mitte Juni 1982 rief die KPD zu Protestaktionen gegen die Verurteilung von "kommunistischen Oppositionellen" in der DDR auf. Bei den Verhafteten handelt es sich um zwei Bewohner der DDR, die zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, weil sie, so die KPD, für die Ziele der KPD geworben und Parteiaktionen der „Sektion DDR“ der KPD verteilt hätten.

Am 5. Juli 1982 ketteten sich vier Mitglieder der KPD aus Protest am Zaun vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn an.

Am 17. Juli 1982 kam es zu einer Demonstration am Grenzkontrollpunkt Helmstedt-Autobahn in Fahrtrichtung Berlin. Die etwa 25 Teilnehmer (Mitglieder und Sympathisanten der KPD) stammten aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Am 25. bis 26. September 1982 führte die KPD in Dortmund anlässlich des 15jährigen Bestehens ihres Zentralorgans "Roter Morgen" ein Pressefest durch. Es nahmen etwa 2.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Die Mitgliederzahl der KPD wird für Nordrhein-Westfalen derzeit auf 200 (Bund: 500) geschätzt.

2.3.2 Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Volksfront - (V)

Die "Volksfront" beschloß auf ihrem Bundeskongreß am 30./31. Januar 1982 in Frankfurt am Main die obige Namensänderung. Seit ihrer Gründung am 6. Oktober 1979 lautete die Bezeichnung der Organisation "Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden".

Nach einem Bericht im Zentralorgan der KPD, "Roter Morgen", legte der Kongreß als Arbeitsschwerpunkte für die nächste Zeit den Kampf für das Verbot aller "faschistischen" Organisationen und gegen die Ausländerfeindlichkeit fest. Zum neuen Vorsitzenden der Volksfront wurde Harry DUBINSKY (Bad Homburg) gewählt. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen (Sitz: Aachen) gliedert sich in 23 Kreisorganisationen mit 23 Orts- bzw. Stadtteilgruppen. Der Mitgliederbestand wird auf 550 (Bund: 1.500) geschätzt.

2.3.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD hat sich in Düsseldorf gegründet. Sie ist aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands hervorgegangen.

An der Gründungsveranstaltung nahmen etwa 2.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Grundlegendes Ziel der MLPD, die sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung bekennt, ist, "der revolutionäre Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und die Errichtung des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft". Um dieses Ziel zu erreichen, muß sich, "wenn die Kämpfe einen revolutionären Aufschwung nehmen, die Arbeiterklasse zum bewaffneten Aufstand unter Führung ihrer Partei erheben". Vorsitzender der MLPD ist Stefan ENGEL (Gelsenkirchen). Der Sitz des Zentralkomitees befindet sich in Essen.

Die MLPD ist zur Zeit bemüht, in den Städten Nordrhein-Westfalens Ortsgruppen aufzubauen, die den drei Bezirksverbänden Rheinland, Ruhr- und Ostwestfalen untergeordnet werden.

Die Mitgliederzahl liegt in Nordrhein-Westfalen bei etwa 300 (Bund: 900).

2.3.4 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Wie bereits im Jahre 1981 auf Bundesebene, läßt sich nunmehr auch in Nordrhein-Westfalen ein vermehrter Parteiaustritt beobachten. Während 1981 eine Mitgliederzahl von 280 angenommen wurde, sank diese Zahl im Laufe dieses Jahres auf etwa 100 (im Bund 500).

Dieser Mitgliederschwund führte in den einzelnen Bezirken zu erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Bis auf das Büro in Köln mußten alle anderen aufgelöst werden. Wegen dieser Entwicklung wurde am 12./13. Juni 1982 in Frankfurt eine außerordentliche Delegiertenkonferenz durchgeführt, die u.a. einen Antrag auf Auflösung des KBW behandelte, der jedoch abgelehnt wurde. Eine weitere außerordentliche Delegiertenkonferenz am 13./14. November 1982 in Frankfurt/Main diente in der Hauptsache der "Beratung und Beschlußfassung über die Publizistik".

Ab 1. Januar 1983 wird an Stelle der Wochenzeitung "Kommunistische Volkszeitung" (KVZ) und der Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" (KuK) eine politische Monatszeitschrift erscheinen, die den Titel "Kommune Forum für Politik und Ökonomie" tragen soll. Es wurde ein Kreis von 15 Personen gewählt, der die Zeitschrift herausgeben und die Redaktion benennen soll. Der Preis beträgt je Exemplar DM 5,-. Mit dieser Zeitschrift will man versuchen, sich gegenüber anderen Gruppen aus dem „sozialistischen und kommunistischen Lager" offener zu zeigen.

Geschäftsführer des 1982 gewählten Bundesvorstandes des KBW ist Volker LEHMANN (Frankfurt).

2.3.5 Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Dem im September 1980 vom KBW abgespaltenen „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) gelang es im Jahre 1982 nicht, seine Mitgliederzahl zu erhöhen. Sie ist in Nordrhein-Westfalen sogar leicht auf etwa 80 (Bund: 500) gesunken. In Gesprächen mit der KPD hat man sich darauf verständigt, gemeinsam bei den Neuwahlen zum Bundestag zu kandidieren. Dies soll in Form der gegenseitigen Unterstützung von "offenen Listen" geschehen.

Daneben wurden lediglich sporadisch Betriebs- und Hochschulzeitungen, sowie nach Branchen aufgeteilte "Nachrichtenhefte", herausgegeben.

Geschäftsführer des Geschäftsführenden Ausschusses des BWK-Bundesvorstandes ist Jörg DETJEN (Hannover).

2.3.6 Kommunistischer Bund (KB)

Auf seinem Kongreß am 16./17. Januar 1982 in Hamburg wurde festgestellt, daß der KB vor allem in den Städten Nordrhein-Westfalens faktisch „liquidiert" sei; in den ehemaligen „Hochburgen" Bielefeld, Dortmund und Münster stagniere die politische Arbeit. Seine Mitgliederzahl wird in Nordrhein-Westfalen auf 30 (Bund: 500) geschätzt.

2.3.7 Marxistische Gruppe (MG)

Die MG, die ihren organisatorischen Schwerpunkt in Bayern hat, entwickelte sich aus den „Roten Zellen“, die Ende der sechziger Jahre aus der studentischen Protestbewegung hervorgingen. Sie führt deren revolutionäre, marxistisch-leninistische Politik fort. Die totale Zerschlagung des Kapitalismus erfordert nach ihrer von Lenin hergeleiteten Auffassung zunächst die Schulung von Intellektuellen, damit diese dem Proletariat, das für seinen revolutionären Auftrag noch nicht reif sei, die entwickelte revolutionäre Theorie vermitteln könne.

Die MG hält ihre leitenden Gremien weitgehend geheim; in Nordrhein-Westfalen wurden solche bisher nicht festgestellt. Neben der Beteiligung an Großdemonstrationen (10. und 19. Juni 1982 in Bonn) führten die MG 1982 auch in Nordrhein-Westfalen vermehrt öffentliche Veranstaltungen in Hochschulen bzw. Gaststätten durch, die teilweise von etwa 100 bis 150 Personen besucht wurden.

Als Stützpunkte der MG werden in Nordrhein-Westfalen

- die MHB-Gesellschaft für Druck und Vertrieb wissenschaftlicher Literatur in Dortmund,
 - der Marxistische Buchladen in Bochum,
- angesehen.

Publikationsorgane der MG sind neben der „Marxistischen Studentenzeitung“ (MSZ) – auch MSZ aktuell - vor allem Hochschulzeitungen für Bonn, Bochum und Dortmund.

2.4 Extremistische Einflußnahme auf die Anti-Kernkraft-Bewegung

Linksextremisten aller Richtungen, darunter auch militante Gruppen, beteiligten sich auch 1982 an der in der Mehrzahl von nicht extremistischen Kernenergie-Gegner und -Gruppen getragenen Kampagne gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Demonstration am 2. Oktober 1982 in Kalkar, die sich vor allem gegen das dortige Projekt eines "Schnellen Brüters" richtete und an der etwa 20.000 Personen aus weiten Bereichen der Bundesrepublik teilnahmen, hat aber erneut gezeigt, daß die unter ihnen befindliche geringe Zahl militanter Extremisten - etwa 300 beteiligten sich in Kalkar an Ausschreitungen - die angestrebte Solidarisierung der überwältigenden Mehrheit der friedlichen Demonstranten mit ihnen nicht erreichen.

Der Verlauf der Veranstaltung wurde von Beteiligten zum Teil heftig kritisiert. Die bundesweit vertriebene "die tageszeitung" veröffentlichte am 6. Oktober 1982 einen "Kommentar zur Kalkar-Demo", in dem die tiefe Enttäuschung über die Aktion vom 2. Oktober 1982 zum Ausdruck kommt. Es heißt hierin u. a.:

"Spätestens seit Samstag besteht Gewißheit: der Schwung der Anti-KKW-Bewegung, die Attraktivität ihrer Demonstrationen ist dahin ... die große Mehrheit der AKW-Gegner war gar nicht erschienen. Das Atomprogramm ist über solche Demos offensichtlich nicht zu verhindern."

Der Verfasser kommt zu dem Schluß:

"Die Außerparlamentarische Anti-AKW-Bewegung muß sich neue Widerstandsformen suchen."

2.5 Trotzlisten

In Nordrhein-Westfalen verfügen lediglich die Gruppe *Internationale Marxisten (GIM)* und der *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)* mit seiner Jugendorganisation *Sozialistischer Jugendbund (SJB)* über arbeitsfähige örtliche Gruppen. Beide Organisationen geben regelmäßig erscheinende Publikationen heraus, so die GIM vierzehntägig die Zeitung "was tun", das Zentralkomitee des BSA wöchentlich die "neue Arbeiter Presse" und der SJB monatlich die Zeitschrift "Links Voran".

Öffentlich ist lediglich der SJB mit dem "Ruhrmarsch '82 gegen Jugendarbeitslosigkeit" vom 3. bis 9. Juli 1982 in Erscheinung getreten, an dem sich durchschnittlich 25 Personen beteiligten und der von Dortmund über Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen nach Duisburg führte. Die Aktion fand kaum Resonanz.

2.6 Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1982 befanden sich unter den etwa 350.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ohne Vorbereitungsdienst) - soweit bekannt - 199 Angehörige linksextremistischer Organisationen. Sie verteilen sich auf die einzelnen Ressorts wie folgt:

		IM	FM	JM	KM	MWF	MAGS	insg.
Beamte	DKP	—	2	—	101	4	—	107
	sonst.	—	1	—	14	1	—	16
Beamte	ges.	—	3	—	115	5	—	123
Angestellte	DKP	—	3	—	35	31	1	70
	sonst.	—	—	—	—	6	—	6
Angestellte	ges.	—	3	—	35	37	1	76
Links-extrem.	insg.	—	6	—	150	42	1	199

Die Zunahme der Zahl der statistisch erfaßten Personen gegenüber dem Vorjahr (1981: 151 Angehörige linksextremistischer Organisationen) ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß Aktivitäten für linksextremistische

Organisationen durch Personen, die dem öffentlichen Dienst seit längerer Zeit angehören, erst im Berichtszeitraum bekannt wurden.*)

*) so auch die Landesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage 764, Drucksache 9/2074.









3 Terrorismus

3.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz

Der deutsche linksextremistische Terrorismus ist nach Herkunftsgeschichte und ideologischer Zuordnung mit dem übrigen linksextremistischen Bereich verbunden. Dies gilt insbesondere für Rechtfertigungsversuche seiner Strategien und Taktiken sowie einzelner Aktionen linksterroristischer Gruppen. Ihr "antiimperialistischer Kampf" benutzt hierfür Vorstellungen, die aus leninistischen Gedankengängen entwickelt sind, wie sie Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in der damaligen extremistischen Neuen Linken eine Rolle spielten.

Der "Anti-Imperialismus" der Linksterroristen findet eine Entsprechung im Rechtsterrorismus, der sich aus grundsätzlicher ideologisch-politischer Feindschaft in militanter Weise auch gegen die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die nordatlantische Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien wendet

Die stärkste Bedrohung aus dem deutschen linksextremistischen Terrorismus geht von der "Roten Armee Fraktion" (RAF) und den „Revolutionären Zellen“ (RZ) aus. Während die Zahl der Anschläge der RZ gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen hat und die wachsende Gefährlichkeit dieser terroristischen Gruppen unterstreicht, hat die RAF durch die Festnahmen von Brigitte MOHNHAUPT, Adelheid SCHULZ, Christian KLAR im November 1982*) und durch die Entdeckung zahlreicher Erddepots vor allem im logistischen Bereich einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Sie ist damit aber noch nicht zerschlagen und zu weiteren Terrorakten fähig.

Eine gefährliche Gewaltbereitschaft lassen ferner örtliche terroristische Kleingruppen erkennen, die sich als "guerilla diffusa" verstehen und sich teilweise erkennbar an das auf "Verbreiterung des bewaffneten Widerstandes" gerichtete Konzept der RZ anlehnen.

Mit weiteren Anschlägen deutscher Linksterroristen ist deshalb auch in Zukunft zu rechnen.

*) Am 1. März 1983 konnte die zur Fahndung ausgeschriebene Gisela DUTZI festgenommen werden.

3.2 Rote Armee Fraktion (RAF)

Erstmals im Juni 1982 wurde im Bundesgebiet die Schrift „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ verbreitet, die mit "Rote Armee Fraktion, Mai 1982" unterzeichnet ist. In der 20seitigen Schrift stellt die RAF ihre Entwicklung seit 1977 dar und fordert die Bildung einer "antiimperialistischen Front", in der "militärische Angriffe, einheitliche koordinierte militante Projekte, ..." und "... politische Initiativen zur Vermittlung der Politik, ..." zusammengefaßt werden sollen, wobei die RAF innerhalb dieser Front einen Führungsanspruch erhebt.

Am 15. September 1982 erbeuteten drei bewaffnete und maskierte Frauen bei einem Raubüberfall auf eine Zweigstelle der Sparkasse Bochum rd. DM 118.000, Sie flüchteten in einem Fahrzeug, das später etwa 300 m vom Tatort entfernt verlassen aufgefunden wurde. Es war rd. 10 Tage vor der Tat in Düsseldorf gestohlen worden. Bei dem Raubüberfall handelte es sich, wie u. a. Fingerspuren von Christian KLAR am Fluchtfahrzeug ergaben, um eine "Geldbeschaffungsaktion" der RAF.

Durch die Entschlüsselung schriftlicher Unterlagen aus dem Erddepot der RAF, das am 27. Oktober 1982 aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung in einem Waldgebiet zwischen Gravenbruch und Dietzenbach (Hessen) entdeckt wurde, konnten in der Folge zahlreiche weitere Erddepots der RAF aufgefunden werden. In diesen befanden sich Handfeuerwaffen, Maschinenpistolen, Gewehre und Schnellfeuergewehre sowie Munition und Sprengstoff, eine Vielzahl von Personal- und Kfz-Papieren, Fälschungsmittel sowie eine größere Menge Banknoten aus der Beute des Raubüberfalles in Bochum.

Am 11. November 1982 gelang es, Brigitte MOHNHAUPT und Adelheid SCHULZ an dem bereits erwähnten Depot bei Gravenbruch festzunehmen; am 16. November 1982 konnte Christian KLAR an einem Erddepot im Sachsenwald in der Nähe von Hamburg festgenommen werden.

Die drei Festgenommenen sind verdächtig, an den schwersten Gewalttaten der RAF, u. a. an dem Mord an dem Bankier Jürgen PONTO am 30. Juli 1977 sowie an dem Mord- und Entführungsfall SCHLEYER im September/Oktober 1977, beteiligt gewesen zu sein.

Die Entdeckung der Erddepots sowie die damit verbundenen Verluste im logistischen Bereich und die Festnahme dreier wichtiger RAF-Mitglieder dürfen allerdings nicht zu der Annahme führen, daß die RAF nunmehr endgültig zerschlagen sei. Bisher ist es dieser terroristischen Vereinigung immer wieder gelungen, Einbrüche im personellen oder logistischen Bereich auszugleichen und ihre Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen. Die von der RAF ausgehende terroristische Bedrohung dauert an. Ende 1982 lebten 15 bis 20 mutmaßliche RAF-Mitglieder im Untergrund.

3.3 Revolutionäre Zellen/Rote Zora (RZ)

Die RZ haben ihre Aktionen auch in unserem Land gegenüber dem Vorjahr erheblich verstärkt. Sie übernahmen die Verantwortung für zehn Anschläge. Hinzu kommen mindestens zwei Anschläge einer "RZ Bielefeld", die sich offenbar an das auf "Verbreiterung des bewaffneten Widerstands" gerichtete Konzept der RZ anlehnt (sog. RZ-Nachahmergruppe).

Im einzelnen bekannten sich RZ in Nordrhein-Westfalen zu folgenden Anschlägen:

- | | |
|-----------------|---|
| 24. Januar 1982 | Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude eines Bauunternehmens in Köln; der Inhaber des Bauunternehmens war Honorarkonsul von El Salvador. |
| 06. März 1982 | Brandanschlag auf Fahrzeuge des Bundeswehrverbandes in Bonn-Bad Godesberg. (Zu dem Anschlag bekannte sich die „Rote Zora“, eine autonome Frauengruppe in den RZ). |

10. März 1982 Sprengstoffanschlag auf die Duisburger Niederlassung einer am Bau der Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens beteiligten Hoch- und Tiefbaufirma.
25. März 1982 Brandanschlag auf das Gebäude des Amtsgerichts in Essen-Borbeck.
01. Juni 1982 Zwei Sprengstoffanschläge auf Gebäude amerikanischer Firmen in Düsseldorf.
09. Juni 1982 Sprengstoffanschlag auf eine amerikanische Computer-Firma in Köln.
01. Oktober 1982 Sprengstoffanschläge gegen die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) in Köln und die Fa. Interatom in Bergisch Gladbach.
02. November 1982 Sprengstoffanschlag auf einen Mast der zur Baustelle des Kernkraftwerks Kalkar führenden Hochspannungseitung.

Anschläge der RZ Bielefeld:

01. März 1982 Versuchter Brandanschlag auf Baufahrzeuge an der Baustelle eines städtischen Sanierungsgebiets in Bielefeld.
03. August 1982 Versuchter Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) in Bielefeld.

In ihren Tatbekenntnissen zu den teilweise mit erheblichen Sachschäden verbundenen Anschlägen knüpften die RZ mit dem Ziel, Breitenwirkung und Verständnis zu erlangen, an aktuelle tagespolitische Ereignisse an; so brachten sie z. B. die drei im Juni 1982 auf US-amerikanische Firmen verübten Sprengstoffanschläge, die Teil einer bundesweiten Serie von RZ-Anschlägen waren, mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten REAGAN in der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenhang.

3.4 Terroristisches Umfeld

Auch 1982 unternahmen Gruppen und einzelne Anhänger des terroristischen Umfeldes den allerdings im wesentlichen erfolglosen Versuch, die Zersplitterung in Einzelgruppen und Einzelaktionen zu überwinden.

So hatte eine am 2. Juni 1982 in Bochum durchgeführte "*Antiimperialismus-Veranstaltung*", an der rd. 30 Personen des terroristischen Umfeldes aus Nordrhein-Westfalen teilnahmen, offenbar das Ziel, "*das Eindringen der politischen Vorstellungen des Autonomismus*) in die antiimperialistische Bewegung*" im Sinne der von der RAF propagierten Vorstellungen zu "*bekämpfen*".

Am 3. September 1982 vergoß eine junge Extremistin Buttersäure in einem Bielefelder Kino, in dem der Anti-Guerilla-Film "Das Kommando" gezeigt wurde. Ein anonymes Bekenner schreiben, das zur Tatzeit bei einer Tageszeitung einging, wirbt für die "bewaffnete Guerilla" und die RAF.

Der Förderung des gewaltsamen linksextremen Widerstands diene offenbar die Herausgabe verschiedener Schriften, darunter die im Januar überregional verbreitete Schrift "Der Kampf geht weiter", Nr. 1/82, bzw. die seit März 1982 zweimonatlich in Dortmund erscheinende Zeitschrift "Regenbogen".

Gemeinsam ist diesen Schriften die Propagierung des sog. "autonomen Widerstandes", mit dem Ziel, vielfältige Formen des Widerstandes zu entwickeln. Dies wird besonders deutlich in dem Zitat aus "Der Kampf geht weiter":

"Keiner von denen, der Macht in Händen hält, darf sich mehr sicher fühlen, egal ob es der Parteibonze, Stadtrat, das Spekulantenschwein, Bankiers oder schikanöse und korrupte Beamte sind. Unser Widerstand darf bei Kaufhaus- oder Bankenglas nicht haltmachen, sondern auch gezielter Terror gegen einzelne Personen ist notwendig."

*) "Autonom" nennen sich undogmatische linksextremistische Gruppen mit z. T. anarchistischer Zielsetzung, spontanem Auftreten und militantem Vorgehen (vgl. Seite 27).

3.5 Weitere linksterroristische oder sonstige linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Neben RAF und RZ sind örtliche terroristische oder sonst auf Gewalt gerichtete Gruppen erneut durch zahlreiche Gewalttaten, insbesondere Sprengstoff- und Brandanschläge, hervorgetreten. Die Grenzen zwischen Terroraktionen und Gewaltaktionen militanter autonomer Gruppen, die im Bewußtsein der Rebellion handelnd ihre "militanten Angriffe auf die vielen Angriffspunkte des Staates verstreut" vortragen (guerilla diffusa), sind dabei fließend.

Besonders zu erwähnen sind

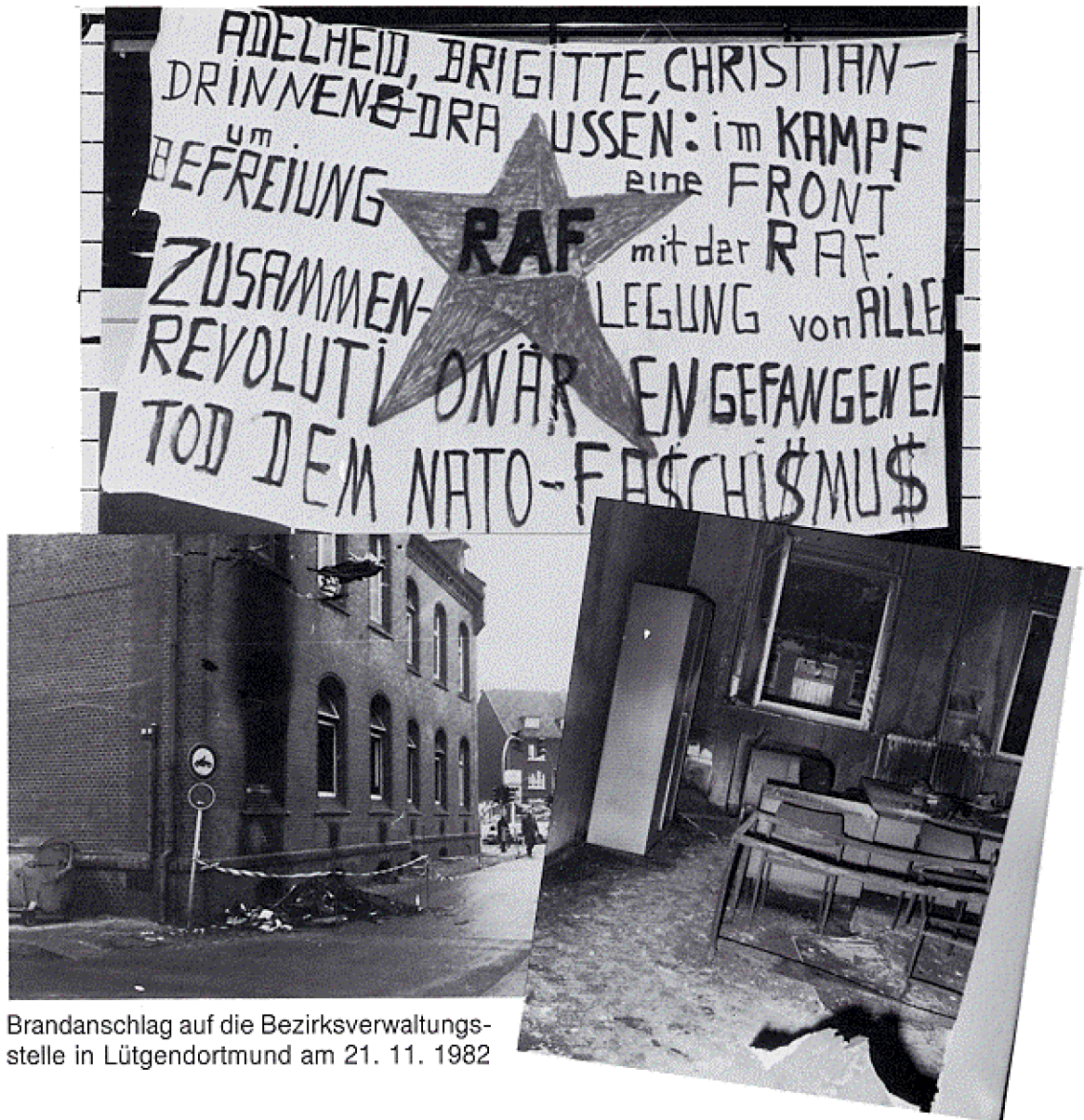
- | | |
|---------------|--|
| 09 Juni 1982 | Brandanschlag auf das Kreiswehrrersatzamt in Mettmann, zu dem sich „Einige um den Frieden besorgte Bürger“ bekannten. |
| 09. Juni 1982 | Versuchter Sprengstoffanschlag auf die Lager- und Werkstatthalle einer am Ausbau des Flughafens in Frankfurt a. M. beteiligten Baufirma in Münster. Zu der Tat bekannte sich "aus Anlaß des NATO Gipfels" am 10. Juni 1982 ein "Komitee für praxisorientierte Gewaltfreiheit". |
| 18. Juni 1982 | Brandanschlag auf das Kreiswehrrersatzamt in Wuppertal; der mutmaßliche Täter konnte gefaßt werden. Er ist zusammen mit anderen Personen u. a. angeklagt, einer terroristischen Vereinigung („Antifa-Gruppe“) in Wuppertal anzugehören. |
| 01. Juli 1982 | Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude eines Textilkaufhauses in Düsseldorf, das bis Ende 1981 von einer amerikanischen Großbank benutzt worden war. In der Nähe des Tatortes fand man Flugblätter, in denen u.a. der "imperialistische Krieg des amerikanischen Finanzkapitals" für den "Völkermord am palästinensischen Volk" verantwortlich gemacht wird. |
| 29. Juli 1982 | Brandanschlag auf Baufahrzeug eines an den Stadt-sanierungsmaßnahmen in Bielefeld beteiligten Unternehmens. Zu dem Anschlag, bei dem erheblicher Sachschaden entstand, bekannte sich ein "KST-Kommando schwarzer Terror". |

04. August 1982 Brandanschläge auf zwei Firmenfahrzeuge in Düsseldorf. In der Nähe des Tatortes wurden Flugblätter aufgefunden, in denen "die Anwendung der Genfer Konvention für die Gefangenen aus dem palästinensischen Volk" sowie die „Mindestgarantie“ der Genfer Konvention auch für die „Gefangenen aus der RAF“ gefordert werden.
17. Oktober 1982 Versuchter Brandanschlag auf das britische Globe-Kino in Düsseldorf. In einem Bekenner schreiben wird u. a. zur "Solidarität mit allen politischen Gefangenen" aufgerufen.
29. November 1982 Brandanschlag auf die Bezirksverwaltungsstelle Dortmund-Lütgendortmund der Stadtverwaltung Dortmund. In einem der „Frankfurter Rundschau“ zugesandten Bekenner schreiben übernahm ein „Kommando Christian KLAR“ die Verantwortung für diesen offenbar als Reaktion auf die polizeilichen Fahndungserfolge verstandenen Brandanschlag.
27. Dezember 1982 Brandanschlag auf einen im Sanierungsgebiet Dortmund-Dorstfeld eingesetzten Bagger. Bei der Durchsuchung der Wohnung eines Tatverdächtigen wurden u. a. die RAF-Schrift "Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front" sowie weitere Schriften terroristischen Inhalts aufgefunden.

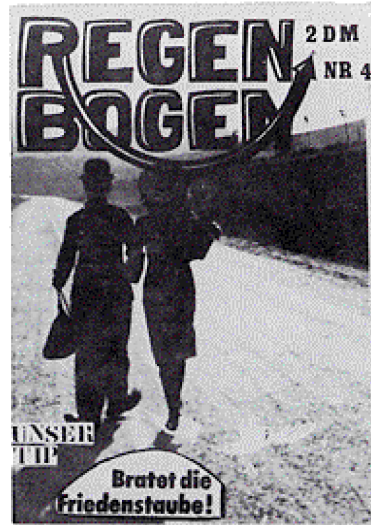
3.6 Politisch motivierte Gewalt im Zahlenspiegel

Insgesamt haben die Polizeibehörden des Landes 96 (1981: 103) versuchte bzw. vollendete Gewalttaten mit politischem Hintergrund registriert (einschl. Gewalttaten von Ausländern). Im Berichtszeitraum wurden 269 Gewalttaten (1981: 263), bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde, angedroht.

In 140 Fällen handelte es sich um sog. Bombendrohungen, vorwiegend gegen öffentliche Gebäude und Einrichtungen. Die restlichen Bedrohungen richteten sich überwiegend gegen Personen aus Politik und Wirtschaft.



Brandanschlag auf die Bezirksverwaltungsstelle in Lütgendortmund am 21. 11. 1982



DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFTSWOCHE
 - dieser Stein wird ihnen auf die eigenen Füße fallen

Der amerikanische Imperialismus ist ein System, das die Welt in Schrecken versetzt. Er ist ein System, das die Menschen in die Knechtschaft der Armut und der Unterdrückung verurteilt. Er ist ein System, das die Menschen in die Knechtschaft der Armut und der Unterdrückung verurteilt. Er ist ein System, das die Menschen in die Knechtschaft der Armut und der Unterdrückung verurteilt.

TOD DEM US-IMPERIALISMUS



4 Ausländerextremismus

4.1 Allgemeines und Entwicklungstendenz

Gegenstand der Beobachtungsaufgabe des Verfassungsschutzes sind nach seiner gesetzlichen Aufgabenstellung Bestrebungen, die ihre Ziele "durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen" verfolgen und dadurch "auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden".

Dabei können sich solche Bestrebungen auch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit unseres Staates richten.

Während in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr (1,435 Mio.) die Gesamtzahl der Ausländer 1982 leicht auf 1,443 Mio. anstieg, blieb die Zahl der ausländischen Extremisten hierzulande im ganzen mit rd. 21.000 unverändert. Extremistische Ausländer(gruppen) traten wieder in zahlreichen Fällen gewalttätig auf.

U. a. wurde im Juli ein Brandanschlag auf das Polizeigewerkschafts-Gebäude in Hilden verübt, zu dem sich eine „Somalische Befreiungsfront" bekannte. Erstmals machte eine armenische Widerstandsgruppe durch Sprengstoffanschläge in unserem Land von sich reden.

Teilweise richteten sich ausländerextremistische Bestrebungen unmittelbar gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Unvermindert heftig agitierten die linksextremistischen Türkenorganisationen von Westdeutschland aus in Schriften und mit Demonstrationen gegen die Militärregierung und deren harte Maßnahmen im Heimatland. Mit Hilfe des im März 1982 aufgetretenen Antifaschistischen Einheitskomitees (BIRKOM) suchen sie eine Aktionseinheit gegen das türkische Militärregime, wie sie z. T. durch moskau-orientierte Gruppen schon besteht, innerhalb der gesamten türkischen extremistischen Linken zu verwirklichen. Bei ihren Protestaktionen übten sie vereinzelt Gewalt gegen türkische Einrichtungen und die einschreitende Polizei.

Auch besteht weiterhin die Gefahr, daß türkische Rechtsextremisten gewalttätig reagieren, obwohl der Dachverband Türk-Föderation seine Mitglieder nach wie vor aufruft, sich durch verbale oder tätliche Angriffe gegnerischer Landsleute nicht provozieren zu lassen.

Die hier lebenden kurdischen Extremisten stammen überwiegend aus der Türkei, aber auch aus Irak, Iran und Syrien. Sie haben sich z. T. linksextremistischen Türkengruppen angeschlossen. Ein erheblicher Teil bildet eigene kurdische Organisationen, die letztlich einen selbständigen Staat Kurdistan auf Kosten der Herkunftsländer schaffen wollen. Ihre Anhänger traten 1982 vereinzelt gewalttätig auf.

Soweit sich ihr Kampf gegen das türkische Militärregime richtet, beteiligten sie sich an der "Anti-Junta-Kampagne" der türkischen Linken.

Vornehmlich zwischen Anhängern und Gegnern des Khomeini-Regimes kam es vermehrt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Von deutschem Boden aus kämpfen auch vor allem im Exil lebende Staatsbürger Jugoslawiens albanischer und kroatischer Volkszugehörigkeit gegen die Einheit des jugoslawischen Staates in seiner gegenwärtigen Form und seinem gegenwärtigen Bestand.

4.2 Türken

Rechtsextremisten

In den Mitgliedsvereinen der Türk-Föderation (Sitz: Frankfurt/Main) sammeln sich in Nordrhein-Westfalen etwa 6000 Anhänger der verbotenen türkischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP), häufig vereinfacht als "Graue Wölfe" bezeichnet. Die Zielsetzung der MHP wird durch extremen Nationalismus und militanten Antikommunismus bestimmt. Um dem Mitgliederrückgang gegenüber dem Vorjahr zu begegnen, betrieb die Türk-Föderation Anfang 1982 eine bundesweite Kampagne, mit der sie die Jugendarbeit und die Werbung unter Jugendlichen verstärken wollte. So veranstaltete der örtliche Mitgliedsverein in Paderborn im Februar einen Jugendkongreß mit etwa 1.000 Teilnehmern.

Zur Solidarität mit dem in der Türkei unter Anklage stehenden MHP-Führer Alparslan TÜRKES rief der 1. Vorsitzende der Türk-Föderation, Serdar CELEBI, im März 1982 in Aachen bei einem Fest des dortigen Mitgliedsvereins auf. Dies zeigt, daß die Türk-Föderation nach wie vor die ideologische Ausrichtung der MHP teilt, obwohl sie offizielle Verbindungen zu ihr stets bestreitet.

Auf Ersuchen der italienischen Behörden wurde CELEBI Anfang November 1982 in Auslieferungshaft genommen. Er steht im Verdacht, den Türken AGCA bei der Vorbereitung des Anschlags auf Papst Johannes Paul II. (Rom, Mai 1981) unterstützt zu haben.*)

Ende November führte der Deutsch-Türkische Kulturverein, Wuppertaler Mitgliedsverein der Türk-Föderation, eine interne Veranstaltung mit rd. 500 Teilnehmern durch. Aus Protest hiergegen hatte ein Antifaschistisches Aktionskomitee Wuppertal eine Gegendemonstration angemeldet. Auf dem Weg zum Kulturvereinstreffen wurden Teilnehmer von den Demonstranten geschlagen. An der Auseinandersetzung beteiligten sich etwa 40 Personen, die mit Stuhlbeinen und Klappmessern aufeinander losgingen; zwei Türken wurden verletzt.

Ferner traten Gruppen in Erscheinung, die der gleichfalls verbotenen türkischen Nationalen Heilspartei (MSP) nahestehen, einer islamisch-fundamentalistischen, nationalistischen und gegen den Kommunismus gerichteten Organisation. So veranstaltete die Türkische Union Europa e.V. (Sitz: Köln) Ende Mai 1982 in der Kölner Sporthalle zusammen mit dem gleichfalls in Köln ansässigen, MSP-beeinflußten Islamischen Zentrum e.V. eine "Wohltätigkeitsveranstaltung" mit etwa 5.500 Türken.

Anlässlich des NATO-Gipfels wandte sich die Föderation Islamischer Vereine im Lande Nordrhein-Westfalen (Sitz: Köln), Landesverband der Türkischen Union Europa, am 10. Juni 1982 in Bonn mit einer Protestdemonstration, an der etwa 300 Personen teilnahmen, "gegen die Unterdrückung der Muslime in Griechenland".

Linksextremisten

Träger der gegen die Militärregierung in der Türkei gerichteten Aktionen waren in der Hauptsache die linksextremistischen Organisationen

- Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e.V. (FIDEF),
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF),
- Föderation demokratischer Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (DIDF),
- DEVRiMC1 SOL (Revolutionäre Linke),
- Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM).

Höhepunkt des Kampfes gegen das Militärregime war die Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Köln mit Geiselnahme am 3. November 1982 durch Angehörige der DEVRIMCI SOL.

Weitere Angriffsziele der türkischen Kommunisten bilden die verfassungsmäßige Ordnung und die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Zunehmend wird auch "die Ausländerfeindlichkeit" hierzulande angeprangert. Ihre Agitation steigerten die linksextremistischen Türken bis zu dem Aufruf (zum 1. Mai), den Staatsapparat des "westdeutschen Imperialismus" gewaltsam zu zerschlagen.

Erneute Übergriffe mutmaßlicher Anhänger der türkischen Neuen Linken gegen türkische Rechtsextremisten (*Graue Wölfe*) belegen, daß die starken Spannungen zwischen links- und rechtsextremistischen Türkenorganisationen anhalten. So schlugen türkische Linksextremisten im April und im Juni 1982 in Duisburg und im Mai 1982 in Wuppertal auf einzelne „Graue Wölfe“ oder deren vermeintliche Sympathisanten ein und verletzten sie zum Teil.

Es ist der gesamten türkischen Linken in der Bundesrepublik auch 1982 nicht gelungen, die angestrebte Aktionseinheit zu erreichen. Beispiel hierfür sind die getrennten zentralen Demonstrationen gegen das türkische Militärregime am 8. Mai 1982 in Duisburg und Köln. Während sich in Köln (etwa 7.500 Teilnehmer) Gruppen der Neuen Linken zusammenfanden, die sich an der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens (PAA) orientieren, wurde die Demonstration in Duisburg (etwa 10.000 Teilnehmer) im wesentlichen von FIDEF und BIRKOM getragen. Die Inhaftierung des 1. Vorsitzenden der Türk-Föderation wegen mutmaßlicher Beteiligung am Papst-Attentat bietet der von der türkischen Linken geführten "Antifaschismus"-Kampagne neue Nahrung.

Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e.V. (FIDEF)

Die FIDEF ist von der orthodoxen Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) beeinflusst. Kundgebungen der FIDEF fanden seit Anfang Februar u. a. in Aachen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Köln statt.

Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)

Die ATIF ist eine Organisation der Neuen Linken und von der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) beeinflusst.

ATIF und die von ihr abgespaltene Gruppe ATIF-Bolschewiken griffen in Publikationen zum 1. Mai unmittelbar die Bundesrepublik Deutschland an. So heißt es in einem ATIF-Flugblatt:

“... daß der westdeutsche imperialistische Staat sich in der Bemühung der Vorbereitung zu einem Weltkrieg befindet... Der westdeutsche Imperialismus ist der Hauptfeind der in Westdeutschland lebenden Werktätigen. Ohne gegen ihn zu kämpfen, kann man von einem Kampf gegen Imperialismus überhaupt nicht reden ...”.

Eine Zeitungs-Sonderausgabe der ATIF-Bolschewiken ruft auf zur Demonstration “für die gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates des westdeutschen Imperialismus”; dieser wird als “blutrünstiger Ausbeuter der Völker der Welt” bezeichnet.

Etwa 1.000 Personen beteiligten sich am 20. November 1982 in Köln an einer von der ATIF aufgezogenen Demonstration, die sich gegen das Militärregime im Heimatland sowie gegen angebliche Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa richtete.

Föderation demokratischer Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (DIDF)

Die DIDF, eine Gruppe der Neuen Linken, vertritt die Richtung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP), die an der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens (PAA) orientiert ist. Ein im Oktober 1982 erfaßtes deutschsprachiges Flugblatt des Demokratischen Arbeitervereins in Krefeld, Mitglied der DIDF, wendet sich „Gegen Krieg und Ausländerfeindlichkeit“ der „BRD-Imperialisten, die an den Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten aktiv teilnehmen (z. B. durch die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen)“.

DEVIRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)

Bei einer unangemeldeten Protestaktion der sozialrevolutionären, der Neuen Linken zuzuordnenden Gruppe DEVIRIMCI SOL**) am 6. Februar 1982 wurden vordem türkischen Generalkonsulat in Köln eine Flagge der USA und ein Bild des Staatspräsidenten General EVREN verbrannt. Am 25. April 1982 ketteten DEVIRIMCI SOL-Anhänger sich an die Umzäunung der türkischen Botschaft in Bonn; der einschreitenden Polizei begegneten sie mit Gewalt.

Etwa 40 Anhänger von DEVIRIMCI SOL besetzten Anfang September 1982 für mehrere Stunden eine Aussichtsplattform des Kölner Doms, um gegen Mißstände in der Türkei zu protestieren. Am Vormittag des 3. November 1982 drangen neun Angehörige der DEVIRIMCI SOL, z. T. mit Faustfeuerwaffen ausgerüstet, in das türkische Generalkonsulat in Köln ein und nahmen die anwesenden Konsulatsangehörigen und -besucher als Geiseln. Damit wollten sie gegen das Referendum über die neue türkische Verfassung protestieren. Erst am nächsten

Morgen ergaben sich die Terroristen der Polizei. Nach der Konsulatsbesetzung kam es am Nachmittag des 4. November in Köln und Wuppertal zu unangemeldeten Demonstrationen vermutlich linksextremistischer Türken, die sich mit den festgenommenen Geiselnehmern solidarisierten. Ferner wurden von Sympathisanten der Terroristen am 13. November in Münster und am 18. November 1982 in Dortmund an türkischen Einrichtungen Bombenattrappen angebracht.

Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM)

In einer linksrevolutionären Publikation und in Flugblättern stellte sich im März 1982 das neugegründete BIRKOM (Sitz: Köln) vor. Darin haben sich die Gruppen der Neuen Linken bzw. orthodox-kommunistische Gruppen

- DEVRIMCI ISCI (identisch mit Devrimci YOL = Revolutionärer Weg)
- SERXWEBUN (Unterstützer der Arbeiterpartei Kurdistan - PKK)
- EMEKCI (Anhänger von TÜRKIYE EMEKCI PARTISI = Partei der Werktätigen der Türkei)
- KIVILCIM (Unterstützer der SOSYALIST VATAN PARTISI = Sozialistische Vaterlandspartei)

zusammengeschlossen, um gegen die "faschistische Junta" "im Ausland eine Einheit der Kräfte und Aktionen aufzubauen".

Bis zum Herbst traten dem Bündnis ferner bei:

- BIRLIK YOLU (Weg der Einheit),
- Anhänger der Kommunistischen Partei der Werktätigen der Türkei (TKEP) CEPHE (Front),
- eine Spaltergruppe der Türkischen Volksbefreiungspartei/-front (THKP-C) DEVRIMCI SAVAS (Revolutionärer Kampf),
- Spaltergruppe der THKP-C ISCININ SESI (Stimme der Arbeiter),
- Fraktion der Leninisten in der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP).

Damit hat sich das gegen das türkische Militärregime errichtete Oppositionspotential besonders in Nordrhein-Westfalen verstärkt.

BIRKOM war Initiator der vom 24. Mai bis etwa 20. Juni 1982 in zahlreichen Städten Westeuropas - darunter in Duisburg, Köln und Wuppertal - durchgeführten Hungerstreiks der Neuen Linken "gegen Massaker, Hinrichtungen und Folter in der Türkei und Türkei-Kurdistan".

Während der Hungerstreikaktion wurden Anfang Juni 1982 in Wuppertal eine katholische Kirche besetzt und in Köln das türkische Generalkonsulat mit Farbbeuteln und Steinen beworfen und mit politischen Parolen beschmiert.

*) Am 15. Januar 1983 wurde CELEBI an Italien ausgeliefert.

***) Inzwischen verboten durch Verfügung des Bundesministers des Innern vom 9. Februar 1983.

4.3 Kurden

Vermutlich überwiegend Anhänger der orthodox-kommunistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), die zur kurdischen Widerstandsbewegung gehört und die sich im Heimatland auch terroristisch betätigt, versammelten sich unangemeldet am 18. September am und im WDR-Gebäude in Köln sowie am 22. September 1982 im Essener Verlagsgebäude der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", in der Nicolaikirche in Bielefeld und im Büro des SPD-Unterbezirks Münster. Damit wollten sie gegen angebliche Massenmorde an Kurden in türkischen Gefängnissen protestieren. Gleichartige Besetzungsaktionen fanden auch im übrigen Bundesgebiet statt.

Ende Oktober 1982 gerieten in Lüdenscheid kurdische Asylbewerber tödlich aneinander. Ein Kurde soll die türkisch-kurdische Zeitschrift „ARMANC“ zum Kauf feilgeboten und dabei einen Landsmann mit einer Machete verletzt haben, als dieser die Schrift nicht abnehmen wollte. „ARMANC“, die in Schweden herausgegeben wird, steht den linksextremistischen Fortschrittlich-Demokratischen Arbeitervereinen Kurdistans (KKDK) nahe.

Etwa 2000 Personen beteiligten sich an einer „Solidaritätsveranstaltung mit der Widerstandsbewegung Kurdistans“ Ende November 1982 in Köln. Anlaß war der 4. Jahrestag der PKK-Gründung.

4.4 Armenier

Am 24. April 1982 wurden in Dortmund ein Bombenanschlag auf türkische Geschäfte und in Köln ein versuchter Sprengstoffanschlag auf eine türkische Bankfiliale verübt. Zu den Taten hat sich eine „Neue Armenische Widerstandsbewegung“ bekannt. Damit sind armenische Terroristen erstmals in Nordrhein-Westfalen aktiv geworden.

4.5 Iraner

Die Aktivitäten iranischer Extremistengruppen auf deutschem Boden haben weiter zugenommen. Zumal aus Anlaß des 3. Jahrestages der iranischen Revolution im Februar 1982 wurden in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Kundgebungen, darüber hinaus in Bonn und Köln Hungerstreiks gegen das Khomeini-Regime durchgeführt. Vom Moslemischen Studentenverein (MSV, Anhänger der Volksmodjahedin, Sitz: Hannover) wurde zum 27. Februar 1982 eine bundesweite Kundgebung in Bonn angemeldet. Später zeichnete hierfür ein "Iran-Demonstrations-Komitee" verantwortlich. Bei dieser Veranstaltung mit rund 1.000 Teilnehmern ist es iranischen Organisationen erstmals gelungen, auch deutsche und türkische Gruppen zur Unterstützung ihres Kampfes gegen Khomeini zu gewinnen.

Im Februar 1982 erlitten in Düsseldorf mehrere Mitglieder eines bis dahin unbekanntes "Iranischen Demokratenvereins" Verletzungen, als sie von Anhängern der „Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ in ihrem Vereinslokal angegriffen wurden. In einem Wuppertaler Studentenwohnheim wurden im April 1982 Brandanschläge auf zwei Khomeini-Anhänger verübt. Zu den Anschlägen bekannte sich eine Organisation "Junge Solidarität". Bei deren Anhängern handelt es sich nach dem Inhalt des Bekennerbriefs um militante Khomeini-Gegner.

Ihren Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen Ende April 1982 in einem organisierten Überfall von Khomeini-Anhängern auf gegnerische Landsleute in Mainz. 86 Angreifer konnten von der Polizei festgenommen werden. Unter ihnen befanden sich neun persische Studenten, die ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen hatten. Bei anschließenden Wohnungsdurchsuchungen wurde zahlreiches Material gefunden, das auf Verbindungen der Festgenommenen zur rechtsextremistischen Union der islamischen Studentenvereine in Europa (UISA) mit Sitz in Aachen schließen läßt. Daß die UISA den Überfall organisiert hat, konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Als Reaktion auf die Festnahmen veranstaltete die UISA am 1. Mai 1982 in Bonn eine Demonstration, bei der u. a. auf Transparenten die deutsche Polizei als "Marionette der terroristischen Gruppen" bezeichnet wurde. Die geschilderten Ereignisse riefen wiederum den Protest der hier lebenden Khomeini-Gegner hervor.

Im Juli 1982 ereignete sich in einem Wuppertaler Studentenwohnheim erneut ein nächtlicher Brandanschlag auf das Zimmer eines persischen Studenten, der als Gegner des derzeitigen Regimes im Heimatland gilt. In einem Aachener Studentenwohnheim wurde Anfang September 1982 ein Brandanschlag auf das Zimmer eines Khomeini-Anhängers verübt. Zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Khomeini-Anhängern und -Gegnern kam es Ende November 1982 wiederum in Wuppertal. Hierbei wurden Messer und angeblich ein schwertähnlicher Gegenstand eingesetzt; fünf Iraner erlitten Verletzungen.

4.6 Palästinenser

Nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon im Juni 1982 kam es bundesweit zu zahlreichen öffentlichen Protestaktionen auch extremistischer Palästinensergruppen; sie wurden teilweise mitgetragen von deutschen Linksextremisten und weiteren ausländischen Extremistenvereinigungen. So organisierten der Palästinensische Studentenverein (PSV) im Juli Protestkundgebungen in Köln und Bonn sowie ein Palästina-Organisationskomitee im August 1982 eine zentrale Demonstration in Frankfurt/Main mit annähernd 60 deutschen und ausländischen Gruppen aus dem Bundesgebiet (bis zu 6.000 Teilnehmer). Während einer weiteren zentralen Kundgebung des PSV und des Palästinensischen Arbeitervereins (PAV), die am 25. September in Bonn mit etwa 4.000 Teilnehmern stattfand, war auf Transparenten zu lesen:

"Schluß mit dem Völkermord im Libanon - Nieder mit der zionistischen Besatzungsmacht - Krieg dem imperialistischen Krieg - Revolution bis zum Sieg - PLO wird siegen."

4.7 Libyer

Wie auch die Presse berichtete, sind Mitte November 1982 im libyschen "Volksbüro" (Botschaft) in Bonn zwei libysche Studenten angeblich unter Beteiligung von Botschaftsangehörigen verhört und gefoltert worden. Nach ihren Aussagen hat man sie als Regimegegner bezeichnet und gezwungen, Namen anderer libyscher Oppositioneller preiszugeben. Der Vorfall dürfte im Zusammenhang stehen mit Liquidierungsdrohungen des libyschen Staatschefs GADHAFI gegen regimefeindliche Landsleute im Ausland.

4.8 Jugoslawen

"Albanische Emigranten aus Kosovo in Europa" veranstalteten Anfang April 1982 in Bonn mit etwa 800 Exiljugoslawen eine Demonstration "Ein Jahr Ausnahmezustand in Kosovo". In Flugschriften forderten sie eine siebte (Teil-)Republik- Kosovo - innerhalb Jugoslawiens und riefen dazu auf, „sich mit dem Kampf des albanischen Volkes zu solidarisieren“. Den Mord an drei im Exil lebenden Staatsbürgern Jugoslawiens albanischer Volkszugehörigkeit Mitte Januar 1982 bei Heilbronn lasteten die Flugblattverteiler der "Udba" an (Udba = früherer Name des jugoslawischen Nachrichtendienstes SDB).

Anlässlich eines jugoslawischen Nationalfeiertages (29. November) gestaltete die Vereinigung der Jugoslawen in Köln e.V. am 16. November 1982 in Köln einen Konzertabend. Vor Beginn drangen etwa 35 jugoslawische Staatsbürger offenbar albanischer Volkszugehörigkeit- zum Veranstaltungsraum vor und lieferten sich -z. T. mit Schlagstöcken - eine tätliche Auseinandersetzung mit den Saalordnern. Das Konzert störten sie durch Rufe wie "Kosovo Republik". Vor einem auf den nächsten Tag angesetzten gleichen Konzert in Dortmund - Veranstalter war der (regimetreue) jugoslawisch-albanische Verein "Sharry" - mußte der Saal wegen einer Bombendrohung geräumt werden. Auch hier trat eine etwa 30- bis 40köpfige Jugoslawengruppe mit der Parole "Republika Kosovo" störend auf.

Im Mai 1982 stellte die Polizei unter anderem in Düsseldorf und Köln Flugblätter der "Kroatischen Freiheitskämpfer in Europa" und der „Kroatischen Revolutionäre" sicher. Darin werden die "deutschen Freunde" davor gewarnt, in diesem Jahr ihren Urlaub in Jugoslawien zu verbringen. An der ganzen Adriaküste "(könnten) Dinge passieren..., die Ihre Gesundheit bzw. Leben gefährden würden". Denn es könne nicht länger hingenommen werden, wie ihr Volk von der jugoslawischen Diktatur vernichtet wird.

Das Landgericht Düsseldorf verurteilte am 18. Oktober 1982 den Jugoslawen Ratomir STANISIC wegen versuchten Mordes zu 14 Jahren Freiheitsentzug. STANISIC und zwei weitere Täter hatten im Sommer 1965 in Düsseldorf einen Pistolenanschlag auf den Vorsitzenden der jugoslawischen Emigrantenorganisation „Kroatischer Sozialdienst in Deutschland", Berislav DEZELIC, und dessen Ehefrau und Tochter verübt. Der Präsident des Serbischen Nationalbundes (SNO), Mane PESUT (Bielefeld), erhielt im Juni und Oktober 1982 Schreiben, in denen ihm und dem SNO-Generalsekretär Radoman TOMOVIC mit Ermordung gedroht wurde. Die Drohbriefe sind von der Organisation der Serbischen Tschetniks - Rettung des versklavten Vaterlandes („Organizacija Srpskih Cetnika Spas Probijene Otazdbine" - OSC SPO) unterzeichnet. Gleiche Morddrohungen gingen im Oktober SNO-Funktionären in Düsseldorf und Dortmund zu. Ebenfalls im Oktober 1982 erhielten Exilserben im Bundesgebiet fingierte Todesanzeigen, die einen TOMOVIC, wohnhaft in Bocholt, betrafen.

Auf der Bundesbahnstrecke Bonn-Köln wurden am 24. Januar 1982 zwei Waggons des jugoslawischen Tauern-Express, durch Feuer vernichtet. Am 27. Januar 1982 verwüstete eine explodierende Sprengladung das "Jugoslawische Kulturzentrum" in Dortmund; es entstand ein Schaden in Höhe von DM 50.000. Politische Hintergründe der Anschläge sind zu vermuten.

4.9 Iren

Vertreter der Irisch-Republikanischen Sozialistischen Partei (IRSP) unternahmen seit Ende November 1982 mit Unterstützung deutscher sog. Irland-Solidaritätskomitees und örtlicher linksextremistischer Gruppen eine Rundreise durch das Bundesgebiet. In deren Rahmen rief unter anderem das Irland-Komitee Bochum für den 27. November 1982 zu einer zentralen Demonstration in Dortmund auf. Sie stand unter dem Motto "Britten raus aus Irland" "Keine Stationierung von britischen Truppen in der BRD"; an ihr beteiligten sich etwa 100 Personen. Die IRSP steht in Verbindung mit der terroristischen Irisch-Nationalen Befreiungsarmee (INLA), welche die Verantwortung für Sprengstoffanschläge auf britische Einrichtungen u. a. in Herford (November 1981) trägt.

4.10 Sonstige ausländerextremistische Aktivitäten

Gewaltdrohungen gegen Einrichtungen anderer Staaten

Gegenüber Vertretungen und sonstigen Einrichtungen anderer Staaten in Nordrhein-Westfalen erfolgte im Verlauf des Jahres 1982 eine Reihe von Bomben-Attentats - oder sonstigen Gewaltdrohungen möglicherweise extremistischer Ausländer, so

- Anfang Januar bei der sowjetischen Botschaft und im März bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn von angeblichen italienischen Roten Brigaden,
- im Februar bei der polnischen Botschaft in Köln von einem angeblichen Angehörigen der polnischen 13. Dezember-Brigade und im Oktober von einem anonymen Anrufer in polnischer Sprache,
- mehrfach gegen Einrichtungen und Angehörige der Britischen Rheinarmee in Dortmund, Köln, Lemgo und Mönchengladbach,
- am 10. April - nach Besetzung der britischen Falkland-Inseln durch Argentinien (2. April 1982) - gegen die argentinische Botschaft in Bonn, die außerdem mit der Farbaufschrift „The Brandnew Argentinian Flag will be the British Union Jack“ beschmiert wurde.
- im Mai und Juli bei der Botschaft von El Salvador in Köln und
- im November von einem deutsch mit ausländischem Akzent sprechenden Anonymus bei der DDR-Vertretung.

Aktivitäten anlässlich des NATO- Gipfeltreffens in Bonn

Schon vor Beginn des Bonner NATO-Gipfeltreffens (9./10. Juni 1982), an welchem auch der amerikanische Präsident Reagan teilnahm, erhielten mehrere, vorwiegend amerikanische Großfirmen in Bochum, Düsseldorf, Essen und Münster per Post anonyme Briefpäckchen zugestellt. Darin befanden sich - getarnt verpackt - unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen. Den meisten Sendungen waren polemische Texte gegen den Besuch des US-Präsidenten beigefügt. An der Großdemonstration aus diesem Anlaß am 10. Juni 1982 in Bonn beteiligten sich außer linksextremistischen Türken- und Kurdenorganisationen, die fast sämtlich erschienen waren, auch kleinere Gruppen afghanischer, belgischer, britischer, jugoslawischer, niederländischer, österreichischer und spanischer Staatsangehörigkeit. Sie nutzten diese Gelegenheit, um auch eigene politische Ziele zu propagieren.

**BETEILIGEN WIR UNS AN DER
PROTESTDEMONSTRATION
GEGEN DIE FASCHISTISCHE
MILITÄRJUNTA !**

- Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur !
- Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie !
- Es lebe der revolutionäre-demokratische Kampf unserer Arbeiterklasse und unserer Völker !
- Freiheit für DISK, sowie anderer verbotener revolutionär-demokratischer Gewerkschaften und Organisationen
- Es lebe die eigene demokratische Macht des Volkes !
- Schluß mit der Unterstützung der BRD für die faschistische Junta !
- Schluß mit jeglicher Unterdrückung der kurdischen Nation !
- Nein zu den Schnellen Eingreifstruppen der NATO und USA !
- Selbstbestimmungsrecht für die kurdische Nation !
- Nieder mit dem Imperialismus !
- Nein zur Verfassung der reaktionären Militärdiktatur !
- Es lebe der Widerstand der palästinensischen und libanesischen Völker !
- Schluß mit den Hinrichtungen, der Folter und den Massakern der faschistischen Junta !

**11. SEPTEMBER 1982, SAMSTAG
Zeit: 10.30 Uhr
FRANKFURT - PAULSPLATZ**

Alle Gruppen, ATIF, BERKON (BIRG, Yedig, Devrimci Sok, Devrimci Sok, Zevceki, Ichine Sok, Kudem, Servetler), DİŞ-PAN, İSEF, İst. Gençlik, KAWA, KOCERAK, KÖMLAK, Nür-Jah, İstif, Pireler, Tugayana, Taksim, Sempatiler, Türk-Komün, WPK, Arbeiterbund, İstifler, Solidarität mit dem Demokrasi Ar. TIKAL, APD, Volkstent, Kİ.

Übersetzer: DİŞP, Genok.

**Avrupa Demokratik Ülkücü
Türk Demoklen Federasyonu**

**TÜRK - FEDERASYON
4. BÜYÜK KURULTAYI**
Koblenz 29. 5. 1982

Biz kavga için değil, Sevgi için geldik !

DEVIRIM
YOL

türkei information

Verfassungsentwurf verabschiedet

GEWALTHERRSCHAFT INSTITUTIONALISIERT

- A Manure Haft für Boykott bei Abstimmung
- Grundrechte und Freiheiten durch Einzelheiten beschränkt
- Gewerkschaften und Vereine werden zur Größe des Staates
- Staatsmacht auf obersteinstufen gestellt
- Staatspräsident (1. Kurban Evren) mit unbeschränkter Vollmacht ausgestattet

Verunglückte WIDERSTANDSFRONT gegen faschistisches GEFÜHRDUNG

Das Volk der Türkei hat sich nach langem Kampf gegen die faschistische Regierung und die imperialistische Intervention der USA und der NATO für die Verabschiedung des Verfassungsentwurfs eingesetzt.

AUSLÄNDER RAUS!

Waffenbesitz machen die Befreiung Recht und Amt durch neue Bestimmungen möglich.

Die Türkei Corporation

VERFASSUNG

Neue Verfassung zu bekämpfen

AUS DEM ERHÄLT

ISRAEL MUSS VERNICHTET WERDEN

Die Türkei Corporation

Gegen Krieg und Ausländerfeindlichkeit für Frieden und Völkerverständigung

Freunde, im Jahre 1983 sollen laut Nato-Doppelbeschluss neue amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missiles, in West Europa, vor allen in der Bundesrepublik, stationiert werden. Diese smartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkrieges. Pershing II und Cruise Missiles sind zur Führung eines atomaren Erstschlages geeignet und erhöhen die Kriegsgefahr.

Die Verhärtung der Fronten zwischen den Supermächten macht die konkrete Kriegsgefahr immer deutlicher. Die USA und die Sowjetunion treiben das Wettrennen immer weiter voran und lassen keine Gelegenheit aus, in freien Ländern zu intervenieren.

Um die Weltherrschaft endgültig an sich zu reißen, liegt es in der Natur des Imperialismus, Kriegshetze zu betreiben und Kriege zu führen. Um die Völker der Welt gegeneinander aufzuhetzen, treiben sie Stellvertreterkriege voran. In den Ländern, in denen das Volk drauf und dran ist, sich von den Imperialisten zu befreien, bringen sie Militärregierungen und faschistische Diktaturen an die Macht, um ihre Stellungen zu festigen; wie z.B. in Chile, El Salvador, Afghanistan, Polen und schließlich auch in der Türkei.

Mit der weltweiten Wirtschaftskrise geht die Wirtschaft in der Türkei immer neuen Katastrophen entgegen. Um die Türkei für die Interessen des US-Imperialismus weiter auszubeuten und dem Kriegsziele zu verwirklichen, ist die Unterdrückung des Volkes in der Türkei notwendig. Um dies durchzuführen, ist eine faschistische Marionettenregierung eingesetzt worden. Die Stabilisierung dieser Verhältnisse ist erst durch die Einbindung der Türkei in die Nato und durch die deutsche Militärhilfe zu erreichen. Die Nato, dieser Angriffspakt eines der Hauptkriegstreiber, des US-Imperialismus ist der größte Unterstützer der faschistischen Junta in unserem Land. Durch verschiedene geheime und offene Abkommen zwischen den USA und der Türkei hat man gewährleistet, daß in Falle kriegerischer Auseinandersetzungen unser Land zu einem Zentrum des Krieges werden soll. Im Juni 1982 unterschrieb Naig neue Abkommen mit dem Putschistenführer Kenan Evren. Infolge dieser verschiedenen Abkommen gilt die Türkei heute als die sicherste Militärbasis der USA bei ihren Kriegesplänen gegen die Völker des Nahen Ostens und des Mittleren Ostens.

Auch die NATO-Imperialisten, die an den Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten aktiv teilnehmen (z.B. durch die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen), erhoffen sich ebenfalls Vorteile von einem neuen Aufteilungskrieg und verurteilen eindeutig faschistische Tendenzen in diesen

5 Spionageabwehr

5.1 Allgemeine Entwicklung

Die Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten setzten auch 1982 ihre geheimdienstlichen Operationen gegen die Bundesrepublik Deutschland fort.

Nach wie vor bildet Nordrhein-Westfalen mit etwa 20 % (1981 = 14 %) der erkannten Aufträge ein Hauptangriffsziel östlicher Ausspähungstätigkeit. Hier finden die Agenten das bevorzugte Operationsgebiet, wie zum Beispiel die politischen Zentren in Bonn, die großen Industrieunternehmen an Rhein und Ruhr oder die Stützpunkte der Bundeswehr und der NATO-Streitkräfte vor.

Die Zahl der erkannten Werbungen und Werbungsversuche, die sich gegen Ziele in Nordrhein-Westfalen richteten, ist gegenüber dem Vorjahr fast gleich geblieben. Erfreulich ist hier die Zahl der Personen, die sich den Sicherheitsbehörden freiwillig offenbarten. Die Zahl der erkannten Aufträge gegen Ausspähungsziele im Lande Nordrhein-Westfalen, die die östlichen Nachrichtendienste erteilten, ist leicht um 2,8 % gestiegen. In der sachlichen Zielsetzung haben sich die Schwerpunkte nicht verlagert.

5.2 Art und Umfang des gegnerischen Agenteneinsatzes, Werbungsverfahren

Für die Ausspähung des Landes Nordrhein-Westfalen setzen die Nachrichtendienste der DDR vornehmlich Bewohner unseres Landes ein. Die Nachrichtendienste der übrigen Länder des Ostblocks suchen ihre Agenten auch unter Personen aus dem eigenen Machtbereich, z. B. Aussiedler und Besuchsreisende in die Bundesrepublik.

Nach wie vor werden die meisten der angesprochenen Personen anlässlich eines Aufenthaltes im kommunistischen Machtbereich zur Mitarbeit aufgefordert.

Seit Jahren halten die Nachrichtendienste der DDR mit knapp 50 % der gesamten nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Ostblocks die Spitze in der Spionage gegen Nordrhein-Westfalen. Mit Abstand folgen die Nachrichtendienste der UdSSR (32 %) und der CSSR (8 %). Die übrigen Ostblockstaaten liegen in diesem Zusammenhang zwischen 0,5 und 5 %.

Die kommunistischen Geheimdienste setzten auch 1982 Instrukteure und Kuriere ein, die aus dem eigenen Machtbereich unter falscher Identität und mit gefälschten Dokumenten in das Bundesgebiet entsandt wurden.

5.3 Nachrichtendienstliche Aufträge gegen Ziele in Nordrhein-Westfalen

Im Jahre 1982 entfällt etwas mehr als ein Drittel (34,4 %) aller Maßnahmen östlicher Nachrichtendienste auf Aufträge mit erkennbarer politischer Ausspähung und ein Viertel (25,6 %) auf die Vorbereitung einer Spionagetätigkeit.

Die Wirtschafts- und Militärspionage ist mit je einem Fünftel (20 %) vertreten.

Die Aufträge richteten sich u. a. gegen

- Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes, des Landes und von Kommunen,
- politische Parteien,
- Universitäten und Hochschulen.

Bei den vorbereitenden Maßnahmen steht die Abklärung von Personen durch östliche Nachrichtendienste im Vordergrund.

Von Bedeutung ist auch das Beschaffen von örtlichen Orientierungsmitteln, wie Stadtplänen, Telefon- und Adreßbüchern. Im übrigen handelt es sich um die Gewinnung einer Person zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit und das getarnte Verbringen solcher Personen an ihren Bestimmungs- und Einsatzort.

Das Ansteigen der Aufträge zur Vorbereitung einer Spionagetätigkeit um 42 % läßt erkennen, welchen Wert die östlichen Nachrichtendienste auf Ausbau und Sicherung bestehender und den Aufbau künftiger Spionageverbindungen legen.

Die Ausspähungsbemühungen gegen die Wirtschaft und das Militär lassen erkennen, daß in den Staaten des kommunistischen Machtbereichs ein systematisches Technologie-Beschaffungsprogramm zur Unterstützung der militärischen Aufrüstung läuft.

Nach wie vor benutzen die Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten ihre legalen Residenturen in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen zur Führung der Agenten. Der Anteil an Personen, die gleichzeitig Angehörige der Nachrichtendienste ihrer Staaten oder dessen verdächtig sind, ist in den einzelnen Institutionen unterschiedlich; er reicht bis zu 45 % des Personals.

5.4 Verurteilte Agenten

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat 1982 in Landesverratssachen sechs Urteile gesprochen, von denen eins bisher Rechtskraft erlangt hat. Auftraggeber der Agenten waren in drei Fällen der sowjetische, in zwei Fällen der DDR und in einem Fall der bulgarische Nachrichtendienst.

6 Strafrechtspflege

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1982 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Die Staatsanwaltschaften des Landes hatten im Jahre 1982 insgesamt 599 einschlägige Verfahren zu bearbeiten. In 102 Verfahren gegen 126 Personen wurde Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt. Rechtskräftig verurteilt wurden 41 Personen; sechs Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 48 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt. Die Staatsanwaltschaften haben im Berichtszeitraum die Ermittlungsverfahren gegen 566 Beschuldigte aus den im Abschnitt "Demonstrationsstraftaten" auf Seite 72 genannten Gründen eingestellt. Gegen 17 Beschuldigte haben die Staatsanwaltschaften die Verfahren wegen geringer Schuld und geringer Bedeutung der Vorfälle (zum Teil gegen Geldauflagen) eingestellt oder im Hinblick auf schwerere Tatvorwürfe, denen gegenüber die in Rede stehenden Taten nicht erheblich ins Gewicht fielen, von der Erhebung öffentlicher Klagen abgesehen.

6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wie schon in den Vorjahren haben Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, die Justizbehörden des Landes nicht unerheblich beschäftigt, wobei wiederum ein Schwerpunkt bei der Staatsanwaltschaft Dortmund lag; hier wurden allein 255 Verfahren wegen einschlägiger Propagandaaktionen neu eingeleitet. Im Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft Dortmund erscheinen zahlreiche Druckschriften, die von ihr wegen ihrer zentralen Zuständigkeit (§ 7 Abs. 2 der Strafprozeßordnung) auf strafrechtliche Relevanz überprüft werden.

6.3 Demonstrationsstraftaten

Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf Ermittlungs- und Strafverfahren, die anlässlich von Demonstrationen entstanden sind und 1982 bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten anhängig waren. Über die Häufigkeit von Gewalttaten im Zusammenhang mit Demonstrationen soll und kann sie keinen Aufschluß geben. *Insoweit wird auf die entsprechende Erhebung hingewiesen. Danach ist 1982 bei 28 von insgesamt 1.623 Demonstrationen Gewalt angewendet worden; das sind 1,7 %.*

Wie bereits in den früheren Berichten dargelegt, ist es bei Veranstaltungen der genannten Art zu strafrechtlich relevanten Übergriffen sowohl der Veranstaltungsteilnehmer oder von Außenstehenden gegenüber Teilnehmern als auch von Teilnehmern einer Gegendemonstration gekommen. Ferner sind die Fälle der Ausschreitungen gegenüber den eingesetzten Polizeikräften erfaßt.

Im Jahre 1982 hatten die Staatsanwaltschaften des Landes insgesamt 2.399 einschlägige Verfahren zu bearbeiten. Davon betrafen 10 Straftaten aus dem Hochschulbereich.

Insgesamt 1982 der genannten Verfahren sind im Jahre 1982 abgeschlossen worden, und zwar 1.440 Verfahren durch Einstellung, weil entweder die Täter nicht ermittelt werden konnten, weil eine Straftat nicht vorlag, weil der genaue Hergang nicht mit der erforderlichen Sicherheit aufgeklärt werden konnte oder aber, weil die Beweismittel zu einer Überführung der Beschuldigten nicht ausreichten,

227 Verfahren durch rechtskräftige Urteile gegen 295 Personen,

87 Verfahren durch Strafbefehle gegen 88. Personen,

228 Verfahren auf andere Weise.

Noch anhängig waren am 31. Dezember 1982 417 Verfahren gegen 676 Personen, wobei in 300 Verfahren gegen 406 Personen bereits Anklage erhoben bzw. der Erlaß eines Strafbefehls beantragt worden ist. Die weiteren Verfahren befinden sich noch im Ermittlungsstadium.

Die genannten Zahlen weisen einen *Rückgang der einschlägigen Verfahren* aus. Er beträgt bezogen auf das Jahr 1981 nahezu 10 %.

6.4 Gesetzgeberische Überlegungen

Die Bundesregierung hat am 29. September 1982/8. April 1983 den Entwurf eines Einundzwanzigsten Strafrechtsänderungsgesetzes vorgelegt, der die Möglichkeiten zur strafrechtlichen Bekämpfung extremistischer Agitationen verbessern soll.

Der Entwurf sieht die Schließung der Strafbarkeitslücken bei der für die Bekämpfung des Rechtsextremismus bedeutsamen Strafnorm des § 86a des Strafgesetzbuches (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) vor. Dafür hatte sich auf Antrag des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen die Mehrheit der Justizminister und -senatoren ausgesprochen.

Zum anderen stellt der Entwurf durch eine Änderung des § 76 a Abs. 2 Satz 1 des Strafgesetzbuches klar, daß die Einziehung extremistischer Schriften, soweit sie strafrechtlich relevanten Inhalt haben, auch nach Eintritt der Strafverfolgungsverjährung in sogenannten objektiven Verfahren noch zulässig ist. Diese Klarstellung ist erforderlich geworden, nachdem zwei Strafsenate des Oberlandesgerichts Hamm entgegen der von anderen Oberlandesgerichten vertretenen Auffassung entschieden haben, daß eine Einziehung von Schriften nach Eintritt der Verfolgungsverjährung nicht zulässig sei. Mit der Klarstellung wird einer vom Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit Schreiben vom 27. August 1980 an den Bundesminister der Justiz herangetragenen Bitte Rechnung getragen.

Schließlich schließt der Gesetzentwurf durch eine Änderung der §§ 126, 140 des Strafgesetzbuches Strafbarkeitslücken, die bei der Herstellung und dem Vertrieb

von Schriften mit nationalsozialistischem oder neonazistischem Inhalt aufgetreten sind. In neuerer Zeit treten verstärkt Schriften in den Vordergrund, die zumindest ihrem Wortlaut nach Tendenzen der vorerwähnten Art nur mittelbar vertreten, indem sie sich auf die Leugnung oder Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Untaten beschränken. Derartige Äußerungen sind strafrechtlich nach geltendem Recht nicht ausreichend erfaßt, weil insbesondere die Anwendung des § 131 des Strafgesetzbuches regelmäßig daran scheitert, daß die dafür erforderliche grausame oder unmenschliche Weise der Schilderung fehlt.

7 Anhang

7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder 1982 (1981)		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
Bürgerinitiative Ausländerstopp 4630 Bochum-Wattenscheid			"Deutsche Zukunft" (unregelmäßig)
Deutsche Bürgerinitiative (DBI) 3579 Schwarzenborn	100	(100)	"Europäische Freiheitsbewegung" (unregelmäßig)
Deutsche Volkunion (DVU) 8000 München einschließlich	10.000	(10.000)	"Deutscher Anzeiger" (wöchentlich 25.000)
Aktion Deutsche Einheit AKON e.V.			
Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)			
Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)			
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA) Sämtlich ebenfalls München			
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) 6000 Frankfurt am Main	100	(50)	Information der HNG (monatlich)

Junge Nationaldemokraten (JN) 5000 Köln	500	(750)	"JN-Pressedienst" (unregelmäßig) "JN-Orgblitz" (unregelmäßig) "JN-Report" (unregelmäßig) "Junge Stimme" (unregelmäßig)
Landesverband NW 4630 Bochum-Wattenscheid	100	(100)	"JN-Intern" (unregelmäßig) "Querkopp" - JN Wuppertal (unregelmäßig) "Stachel" – JN Steinfurt (unregelmäßig) "Klartext" – JN Ostwestfalen (unregelmäßig) "Der Pfeil" - JN Hagen (unregelmäßig) "Der Pfeil" - JN Münster (unregelmäßig 5.000)
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 7000 Stuttgart	6.000	(6.500)	"Deutsche Stimme" (monatlich 75.000) "NPD Aktuell" (unregelmäßig) "NPD-Info-Blitz" (unregelmäßig)
Landesverband NW 4630 Bochum-Wattenscheid NW: 54 Kreisverbände	1.000	(800)	"Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" mit Beilage "NPD-Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen" (monatlich)
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-A0) Lincoln/USA	100	(100)	"NS-Kampfruf" (zweimonatlich)
Unabhängige Freundeskreise 4630 Bochum	100	(100)	"Unabhängige Nachrichten" (monatlich)
Wiking-Jugend (WJ) 5190 Stolberg	100	(90)	"Wikinger" (vierteljährlich)

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflussten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.

7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien,

neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1982	(1981)	

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 4300 Essen	150	(150)	"neue Arbeiter Presse" (wöchentlich)
NW	50	(50)	

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5000 Köln	500	(600)	"Politische Berichte des BWK" (vierzehntägig)
NW	80	(120)	

Deutsche Friedensunion (DFU)	1.500	(2.000)	"Deutsche Volkszeitung" (DVZ) - inoffiziell – (40.000 wöchentlich) "Pressedienst DFU" (unregelmäßig) "DFU betr. Politik" (unregelmäßig)
Landesverband NW 4300 Essen	800-1.000	(1.000)	"Pressedienst DFU NRW" (unregelmäßig)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 4000 Düsseldorf	40.000	(40.000)	"Unsere Zeit" (UZ) Tagesausgaben: 25.000 Wochenendausgaben: 50.000 "DKP-Pressedienst" (täglich)
Zentrale Einrichtungen "Institut für Marxistische Studien und Forschungen" 6000 Frankfurt am Main			"Nachrichten" - für Gewerkschaftsfunktionäre (monatlich)
"Verein zur Förderung der Forschung und des Studiums der Sozialwissenschaften e.V." Frankfurt am Main			"Landrevue" - Informationen für die Landbevölkerung - (unregelmäßig)
"Karl-Liebknecht-Schule" Leverkusen			"PRAXIS" (unregelmäßig)

"Marx-Engels-Stiftung e.V." (früher: "Friedrich-Engels-Zentrum") Wuppertal				"Sozialismus konkret" (unregelmäßig) "Probleme des Friedens und Sozialismus" - deutschsprachige Ausgabe der in der CSSR hergestellten Schrift - (monatlich) "infodienst" - für DKP- Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen (unregelmäßig)
Bezirk Ruhr-Westfalen Hoffnungstr. 18 4300 Essen		6.500	(6.500)	
Bezirk Rheinland-Westfalen Ackerstr. 3 4000 Düsseldorf		5.500	(5.500)	
NW:	44 Kreisorganisationen			ca. 130 Kreis- und
	ca. 120 Betriebs- und Hochschulgruppen			Stadtteilzeitungen ca. 140 Betriebs- und
	ca. 300 Wohngebietsgruppen (Orts- bzw. Stadtteilorganisationen)			Hochschulzeitungen

Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 6000 Frankfurt am Main	220	(300)	"was tun" (zweiwöchentlich)
NW	60-80	(80)	

Junge Pioniere (JP) 4600 Dortmund	3.500	(3.000)	"Willibald" (zweimonatlich)
Landesverband Ruhrgebiet- Westfalen 4300 Essen			
Landesverband Rheinland- Westfalen 5000 Köln			
NW	1.400	(1.300)	

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 5000 Köln	400	(400)	"Bulletin" (unregelmäßig)
--	-----	-------	------------------------------

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 4600 Dortmund	500	(500)	"Roter Morgen" (6.000 wöchentlich) "Der Weg der Partei" (theoret. Organ)
Landesverband Mitte 4600 Dortmund	200	(200)	

Kommunistischer Bund (KB) 2000 Hamburg	500	(600)	"Arbeiterkampf" (vierzehntägig)
NW	30	(40)	

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 6000 Frankfurt am Main	500	(1250)	"Kommunistische Volkszeitung" (KVZ)
NW	100	(280)	"Kommunismus und Klassenkampf"

Marxistische Arbeiterbildung e.V. (MAB) Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 5600 Wuppertal	60 Gruppen		
NW	30 Gruppen		

Marxistische Gruppe	1.000	(700)	"Marxistische Arbeiterzeitung" (MAZ) "Marxistische Studentenzeitung" (MSZ) (zweimonatlich)
----------------------------	-------	-------	--

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 4300 Essen	900	(900)	"Rote Fahne" (10.000 wöchentlich)
NW (bis August 1982 Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands - KABD)	300	(250)	

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) 5300 Bonn	6.000	(6.000)	"rote Blätter"
NW: 35 Hochschulgruppen	1.200	(1.400)	

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 4600 Dortmund	15.000	(15.000)	"elan" (inoffiziell) (40.000 monatlich)
Landesverband Ruhrgebiet-Westfalen 4300 Essen			86 örtliche Zeitungen
Landesverband Rheinland-Westfalen 5000 Köln			80 örtliche Zeitungen
NW: 39 Kreisverbände mit 216 Ortsgruppen	4.500	(5.000-6.000)	

Sozialistischer Jugendbund (SJB) 4300 Essen	150	(150)	"links voran" (monatlich)
NW	50	(50)	

Volksfront (V) 4300 Essen	1.500	(1.500)	"Volks-Echo" (monatlich)
Landesverband NW 5100 Aachen	550	(300)	

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflußten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.